

Bei uns in NRW

Ausgabe 04/2017
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

(Mio EUR)

I. EINKÜNFEN AUS KREDITEN	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt (brutto)	—
Zusammen	16.741,5
II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	151,2
Zusammen	16.590,3
III. NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	-151,2
Zusammen	151,2
	-0,0

„Schwarze Null“ endlich auch in Nordrhein-Westfalen

#NRWkoalition bringt mit dem
Landeshaushalt 2018 den ersten
Etat seit 1973 ohne Schulden ein.



S. 6

Laschet trifft
Herzchirurgin
Dr. Dilek Gürsoy



S. 13

Rückblick auf den
Bundestagswahlkampf
in Nordrhein-Westfalen



Tank & Rast – die Nr. 1 an deutschen Autobahnen.

Kundenwünsche werden immer individueller. Auch, wenn es um die Pause geht. Oberstes Ziel von Tank & Rast ist es daher, jedem Gast mit bestem Service und attraktiven Angeboten seine Wünsche zu erfüllen und die Pause so angenehm wie möglich zu gestalten. Und das in ganz Deutschland: Unsere rund 740 Tankstellen, Raststätten und Shops stehen den Autobahn-Reisenden sieben Tage die Woche rund um die Uhr zur Verfügung.

Unsere starken Marken.



Herzlich willkommen zu bestem Service.

Lassen Sie es sich bei uns gut gehen. Ob Sie etwas essen, einkaufen, Ihr Baby wickeln oder eine saubere und hygienische SANIFAIR Toilette nutzen wollen, wir sind gerne für Sie da. Erholen Sie sich bei uns für eine sichere Weiterfahrt.

Wir freuen uns auf Sie!



Liebe Kolleginnen und Leser,

wenn wir in diesen Tagen auf das Jahr 2017 zurückblicken, schauen wir auf ein ereignisreiches und mitunter aufregendes Jahr. Für die CDU Nordrhein-Westfalen war der große Erfolg bei der Landtagswahl am 14. Mai sicherlich der Höhepunkt, schließlich haben wir gemeinsam über viele Monate und Jahre auf diesen Tag engagiert hingearbeitet.

Allen, die sich vor Ort eingesetzt und auf unterschiedliche Art und Weise zu diesem Erfolg beigetragen haben, möchte ich an dieser Stelle nochmals sehr herzlich danken.

Das Wahlergebnis ist uns Ansporn und Verpflichtung zugleich. Unser Ziel ist, Nordrhein-Westfalen zurück an die Spitze der deutschen Länder zu führen. Die Nordrhein-Westfalen-Koalition aus CDU und FDP arbeitet seit Amtsantritt mit Freude und Elan daran, dass wir dieses Ziel erreichen.

Mit dem Nachtragshaushalt 2017 haben wir notwendige Sofortmaßnahmen eingeleitet: ein Kita-Rettungspaket, dringend benötigte Investitionen in unsere Krankenhäuser, die schnelle Bereitstellung von mehr Personal für Polizei und Verfassungsschutz. Mit dem Haushalt 2018 legen wir unseren ersten Gestaltungshaushalt vor – und setzen unsere politischen Ziele in die Tat um: konsolidieren, investieren, modernisieren. Wir investieren in mehr Sicherheit durch mehr Mitarbeiter für Justiz und Polizei. Wir investieren in bessere Bildung durch mehr Lehrer im Kampf gegen den Unterrichtsausfall. Wir investieren in mehr Arbeitsplätze durch mehr Landesmittel für Straßen und Breitband. Gleichzeitig konsolidieren wir: Erstmals seit 1973 wird es in Nordrhein-Westfalen einen Haushaltsplan ohne neue Schulden geben. Mit dem Geld auskom-

men, das uns die Bürgerinnen und Bürger anvertrauen – das soll unser Prinzip für die gesamte Legislaturperiode sein.

Bei der Bundestagswahl haben wir unser Ziel, stärkste Kraft zu werden und weiterhin die Bundesregierung anzuführen, erreicht – auch, wenn wir uns alle ein besseres Ergebnis gewünscht hätten. Die Regierungsbildung wird nicht einfach. Unsere Wähler erwarten von uns, dass wir das Programm umsetzen, für das sie uns ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Gleichzeitig haben sie uns dafür gewählt, eine Regierung zu bilden. Deutschland als eines der starken Länder im Herzen Europas braucht eine stabile Regierung. Dafür und dabei bringen wir unsere Stimme und unser Gewicht aus Nordrhein-Westfalen in Berlin ein.

Es gibt also viel zu tun und es bleibt spannend. Ich freue mich, dass wir, die CDU Nordrhein-Westfalen, in Berlin geschlossen auftreten. Für diese Unterstützung danke ich allen, die daran aktiv mitwirken. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Wir wollen gemeinsam auch die CDU in ganz Deutschland mitgestalten und prägen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich fröhliche, besinnliche und gesegnete Advents- und Weihnachtstage und alles Gute und Gottes Segen für das neue Jahr 2018.

Herzliche Grüße

Inhalt



Laschet trifft

6 Herzchirurgin Dr. Dilek Gürsoy

Topthema

10 Die schwarze Null: Endlich ein ausgeglichener Haushalt für NRW

CDU in NRW

12 Der Bundestagswahlkampf im Rückblick

13 Erste Bilanz: Die #NRWKoalition packt an bei Innerer Sicherheit, Bildung und Wirtschaft

16 Analyse: Das Wahljahr 2017 in Nordrhein-Westfalen

Gastbeitrag

18 Heimatpolitik für Nordrhein-Westfalen

Im Visier

22 Die NRWSPD und ihr schwieriger Umgang mit der Realität

Rubriken

1 Vorwort

2 Impressum

3 Meldungen

20 12 Fragen an Claudia Middendorf

21 12 Fragen an Peter Liese

24 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion, Satz:
Beate Müller-van Ißem

Autoren:
Isabelle Fischer, Lukas Miebach,
Beate Müller-van Ißem, Dr. Stephan Terhorst

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 640213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600-0
Fax: 0211 13600-15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Inh. Patrick Dahm
Nelkenweg 12
42489 Wülfrath
Tel.: 0160 94741537
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

Druck und Versand:
Deutsche Post E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Schwarze Null endlich auch in Nordrhein-Westfalen: #NRWKoalition bringt ersten Haushalt ohne Schulden seit 1973 ein

Langjähriger CDU-Generalsekretär verstorben

Laschet: „Geißler war einer unserer Besten“

„Ohne ihn wäre die moderne Volkspartei CDU nicht möglich gewesen“, kommentierte der Landesvorsitzende Ministerpräsident Armin Laschet den Tod von Heiner Geißler, der Mitte September im Alter von 87 Jahren verstorben ist.

Als Generalsekretär (1977 bis 1989) hatte Geißler die Parteiorganisation reformiert, den Orts- und Kreisparteien mehr Gestaltungs- und Entscheidungskompetenzen übertragen und den Wandel der CDU von einer Honoratioren- zu einer Mitgliederpartei bewirkt. Auch das Ludwigshafener Programm von 1978, das erste Grundsatzprogramm der CDU, ist Vermächtnis Geißlers: Die wesentlichen Aussagen, Werte wie das Christliche Menschenbild, Subsidiarität oder der Vorrang für Familien, bleiben auch heute noch gültig. Auf dem Essener Parteitag 1985 machte er die Gleichstellung der Frau zum wichtigen Thema auch für die Partei. Als Bundesfamilienminister setzte er seine Ideen der Neuen Sozialen Frage um, durch die Anerkennung von Erziehungszeit in der Rentenversicherung, durch Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub.

Armin Laschet: „Heiner Geißler war streitbar und prinzipientreu, intellektuell und bodenständig zugleich. Sein politisches Wirken stellte er in den Dienst der Menschen, das Gute bewahrend, aber immer mit einem präzisen Gespür für



die Herausforderungen der Zukunft und Generationen, die nach ihm kommen würden. Heiner Geißler war ein kritischer Geist, ein Impulsgeber und leidenschaftlicher Debattierer. Er wird uns Christdemokraten, aber auch mir persönlich, sehr fehlen.“ ■

Letzte Sitzung unter Leitung von Elmar Brok

Landesfachausschuss verabschiedet „Mister Europa“



Zu seinem Abschied kam der Landesvorsitzende Ministerpräsident Armin Laschet persönlich: Elmar Brok legte auf der Sitzung der Europakonferenz Anfang November in Köln sein Amt als deren Vorsitzender nieder. Die CDU als Partei, aber auch Nordrhein-Westfalen und Deutschland seien Elmar Brok „für seinen lebenslangen Einsatz große Dankbarkeit schuldig“,

würdigte Laschet den 71-jährigen Ostwestfalen. Heute sei es für Kinder und Jugendliche selbstverständlich, in einem Europa ohne Kriege aufzuwachsen, in Schule und Studium ins Ausland zu gehen. Auch Städtepartnerschaften und grenzüberschreitende Zusammenarbeit seien an der Tagesordnung – ein Europa, dessen Entwicklung „Mister Europa“ Elmar Brok, seit 1980 Mitglied des Europäischen Parlaments, sehr geprägt hat. Broks „metaphorische Fingerabdrücke und Fußstapfen“ fänden sich überall in den Vertragswerken und der heutigen Ausgestaltung der Europäischen Union. Laschet machte gleichzeitig Peter Liese, Broks Nachfolger als Sprecher der Europaabgeordneten der CDU Nordrhein-Westfalen, der auch den Vorsitz der Europa-konferenz übernehmen soll, Mut: „Auf dass es weiterhin Visionäre sein mögen, die mit ganzem Herzen für ein geeintes Europa streiten.“ Das wird übrigens auch Elmar Brok weiter tun: Er soll Sonderbeauftragter des Präsidenten der Europäischen Kommission für die transatlantischen Beziehungen werden. ■

Mehr über Peter Liese erfahren Sie im Fragebogen auf S. 21.



Foto: Land NRW/Sondermann

Erste Auslandsreise als Ministerpräsident

Armin Laschet reist in die Niederlande

400 Kilometer gemeinsame Grenze und hervorragende Beziehungen mit einem wichtigen Partner: Das hat Armin Laschet mit seiner ersten Auslandsreise, die ihn ins Nachbarland Niederlande führte, gewürdigt. So traf Laschet mit Ministerpräsident Mark Rutte und seiner Majestät König Willem-Alexander zusammen. Bei den Gesprächen standen neben aktuellen politischen Themen die Förderung des gemeinsamen Wirtschaftsraums und Arbeitsmarkts, der Ausbau der grenzüberschreitenden Bildung von der Kita bis zum Studium und

die engere Kooperation bei der Kriminalitätsbekämpfung im Mittelpunkt. In Rotterdam informierte sich Laschet anschließend noch über die Bedeutung des Seehafens für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. „Unser Seehafen heißt nicht Hamburg, sondern Rotterdam“, wiederholte Laschet die Äußerung seiner Regierungserklärung. Fazit der Reise: Beide Länder wollen ihre Zusammenarbeit weiter vertiefen, konkret hat man Regierungskonsultationen der Kabinette Nordrhein-Westfalens und der Niederlande verabredet. ■

Peter Biesenbach gibt Vorsitz nach 15 Jahren ab

Dr. Christian Burr neuer LACDJ-Vorsitzender

Der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen in Nordrhein-Westfalen (LACDJ NRW) hat Ende Oktober Dr. Christian Burr zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Leitende Ministerialrat im Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen ist seit 2002 Mitglied des LACDJ-Landesvorstands. Er löst den neuen Minister der Justiz Peter Biesenbach ab, der den LACDJ NRW 15 Jah-

re lang geleitet hat und den die Mitglieder des Arbeitskreises in Würdigung seiner besonderen Verdienste zum Ehrenvorsitzenden wählten. Der LACDJ Nordrhein-Westfalen ist eine Sonderorganisation innerhalb des CDU-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, in der sich Juristinnen und Juristen der verschiedensten Berufszweige und Fachrichtungen rechtspolitisch engagieren. ■

Erste Verleihung durch neuen Ministerpräsidenten Laschet

Kurt Biedenkopf erhält NRW-Landesverdienstorden



Foto: Land NRW/Pfeil

„Lieber Professor Biedenkopf, unser Land hat Ihnen viel zu verdanken. Sie sind einer der großen Aktivposten unserer Demokratie. Dafür zeichne ich Sie heute mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen aus“, so die Worte des Landesvorsitzenden Ministerpräsident Armin Laschet. Er zeichnete Kurt Biedenkopf am 71. Landesgeburtstag, am 23. August dieses Jahres, im Landeshaus aus. Gleichzeitig erhielten auch Bundesminister a.D. Gerhart Baum, Staatsministerin a.D. Birgit Fischer und Reiner Priggen die Auszeichnung. Dazu Laschet: „Es kommt ganz entscheidend darauf an, dass unser Land von Menschen getragen und vorangebracht wird, die sich mit vollem Elan für die Demokratie einsetzen und die sie verbessern wollen. Heute möchten wir vier Persönlichkeiten ehren, die genau das tun. Vier Menschen, die an der Erfolgsgeschichte von Demokratie und offener Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen und Deutschland einen großen Anteil haben – und das seit Jahrzehnten.“

In seiner Laudatio auf Biedenkopf betonte Laschet dessen jahrelanges Engagement in der CDU. An zentralen Stellen habe er sich eingebracht, in Nordrhein-Westfalen und Sachsen, als Oppositionsführer und Regierungschef. Zudem würdigte Laschet Biedenkopfs intellektuelle Impulse, mit denen er die politischen und gesellschaftlichen Debatten prägte und vorantreibe. ■

MIT-Landestagung in Troisdorf

Wüst wiedergewählt

Daran gab es keinen Zweifel: Die Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung (MIT) NRW hat ihren Vorsitzenden, Verkehrsminister Hendrik Wüst, mit 98,1 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Neben der Vorstandswahl stand bei der Landestagung Ende Oktober in Troisdorf die Zukunft der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. Dabei kommt es nicht nur auf Entbürokratisierung und Vereinfachung an, auch die Herausforderungen der Digitalisierung für Mittelstand und Handwerk wurden thematisiert. Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa waren Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, und der Europaabgeordnete Markus Pieper zu Gast. Der Leitanspruch „NRW: Starker Standort mitten in Europa“ wurde einstimmig beschlossen.

Seinen „Antrittsbesuch“ als Ministerpräsident bei der MIT absolvierte dann auch Armin Laschet. In seinem Grußwort hob er vor allen Dingen die „schwarze Null“ hervor: Nord-



Foto: MIT NRW/Rochlitzer

rhein-Westfalen bringt erstmals seit 1973 einen Haushalt ohne Schulden ein, und Laschet kündigte auch an, an dieser Haushaltspolitik bis 2022 festzuhalten. Zudem werde der Kurs, den die #NRWKoalition mit dem ersten Entfesselungspaket eingeschlagen habe, fortgesetzt. Nordrhein-Westfalen brauche weniger Belastung, weniger Bürokratie und mehr Freiheiten für Unternehmer und Selbstständige. ■



Laschet trifft...

...Herzchirurgin Dr. Dilek Gürsoy

Frau Dr. Dilek Gürsoy ist gebürtige Neusserin und arbeitet als Herzchirurgin und Oberärztin im Krankenhaus Links der Weser in Bremen. Die Tochter eines türkischen Gastarbeiter-Ehepaares war die erste Frau in Europa, die einem Patienten ein komplettes Kunstherz eingesetzt hat. Im

vergangenen Bundestagswahlkampf ist Frau Dr. Gürsoy in die CDU eingetreten. Ministerpräsident Armin Laschet hat sich in ihrem Wochenendzu Hause Neuss mit ihr getroffen und über ihre Arbeit sowie ihren Eintritt in die CDU gesprochen.



Liebe Frau Dr. Gürsoy, Sie haben einen außergewöhnlichen Beruf. Wie sind Sie auf die Idee gekommen, Herzchirurgin zu werden?

Schon von klein auf wollte ich Chirurgin werden. Mein Weg über Grundschule und Gymnasium hat mich dann ziemlich planmäßig dorthin geführt. Dass es dann die Herzchirurgie geworden ist, war letztlich aber mit einer eher spontanen Entscheidung im ersten Semester verbunden. Erst habe ich mich für die Bauchchirurgie interessiert – das war mir aber dann doch zu eklig. Herzchirurgie hingegen ist pure Ästhetik. Da habe ich mir gedacht: Das will ich machen. Vieles hat sich daraufhin einfach ergeben.

Woran arbeiten Sie zurzeit?

Natürlich stehe ich vor allem im OP. Ein wichtiges Forschungsprojekt, an dem ich derzeit arbeite, ist jedoch ein Kunstherz, das für Stromversorgung und Steuerung kein Kabel mehr benötigt, das aus dem Körper hinaus führt. Ein solches Kunstherz würde die Lebensqualität der Patienten erheblich erhöhen. Dabei geht es um die Verkabelung, aber auch den Lärm von etwa 65 Dezibel, der zurzeit noch durch den pneumatischen Antrieb verursacht wird. Unter anderem soll dieser durch eine elektrische Lösung ersetzt werden.

Gab es Hürden auf Ihrem Weg an die Spitze Ihres Berufszweigs?

In der Schule war ich sicher nicht die Beste. Doch ich habe mich extrem angestrengt, um mir eine besondere Eignung für das Medizinstudium zu erarbeiten. Bei den Zulassungstests für das Medizinstudium habe ich überdurchschnittlich gut abgeschnitten und musste so letztlich nur ein halbes Jahr auf meinen Studienplatz warten. Im durchaus schwierigen Studium habe ich mich dann durchbeißen müssen. Und auch nach der Zeit an der Uni leidet man natürlich ein bisschen, wenn man nur Assistenzärztin ist. Diese Lehrjahre gehören jedoch dazu.

Bei uns in NRW 04/17

Haben Sie einen Rat für junge Menschen, die ebenfalls Mediziner werden wollen?

Man muss standhaft bleiben und darf nicht aufgeben. Nicht jede Situation ist zum Lachen. Wenn man jedoch fleißig arbeitet und gut ist in dem, wofür man sich begeistert, dann kann man alles erreichen. Dieses Selbstbewusstsein versuche ich gerade auch jungen Frauen weiter zu vermitteln. Die Jungs kochen schließlich auch nur mit Wasser. Für angehende Ärzte gilt zudem im Speziellen, dass man sehr gewissenhaft arbeiten muss. Der Patient vertraut mir schließlich buchstäblich sein Herz an. Also muss er meine Leidenschaft erkennen und Vertrauen zu mir haben.

Das kann ich aus Sicht des Patienten nur bestätigen. Auch ich habe mich kürzlich noch zur Vorsorge in der Kardiologie durchchecken lassen, mit Fahrradfahren und allem – zum Glück ist aber alles okay.

Wenn was ist, dann kennen Sie jetzt eine gute Herz-Spezialistin (lacht).

(lacht) Wunderbar! Finden Sie denn allgemein, dass die Arbeit von Medizinern in der Gesellschaft genug gewürdigt wird?

Nein, das denke ich nicht. Als Fußballfan habe ich beispielsweise zuletzt gesehen, wie sich meine Mannschaft nach dem ersten Gegentor aufgegeben hat und danach nicht mehr weiter nach vorne gearbeitet hat. Trotz eines solchen Verhaltens, das sicher jeder schon einmal beobachtet hat, werden Fußballspieler öffentlich gefeiert und erhalten sehr viel Anerkennung. Als Arzt steht man mit der Verantwortung für ein Menschenleben vor dem Patientenbett - auch mal 24 Stunden am Stück - ohne eine derartige Würdigung zu erfahren.



Haben Sie einen konkreten Ansatzpunkt, bei dem Sie sagen: Hier muss sich etwas ändern?

Ja, ich denke, dass der Medizin grundsätzlich weniger Hürden in den Weg gestellt werden sollten. Ganz wichtig ist hierbei der Pflege-Bereich. Ein Arzt kann nur gute Leistung bringen, wenn er durch gute und adäquate Pflegekräfte unterstützt wird. Diese werden derzeit allerdings nicht gut genug bezahlt und haben eine enorme Arbeitsbelastung. Gerade für Menschen, die einen Beruf gewählt haben, in dem sie anderen helfen können, ist es frustrierend, wenn sie zu viel Stress haben und ihrem Anspruch am Ende nicht gerecht werden können. Hier sind Verbesserungen notwendig, die die Menschen in der Pflege – und damit auch die Ärzte – bei ihrer Arbeit unterstützt.

„ Wenn man fleißig arbeitet und gut ist, kann man alles erreichen. Die Jungs kochen schließlich auch nur mit Wasser.“ “

Da haben Sie Recht! Es wird eine unserer Aufgaben als neue Landesregierung sein, für diese notwendigen Verbesserungen zu sorgen. Dies fängt bei der Qualität der Ausbildung an und geht bis zur Gründung einer offiziellen Interessenvertretung auf Landesebene. Auch Sie selbst haben mit beruflichen Hindernissen zu kämpfen. Sie pendeln jede Woche zur Arbeit nach Bremen?

Ja, pendeln heißt, dass ich dort eine Wohnung habe. So gut wie jedes Wochenende fahre ich jedoch nach Neuss. Im Kopf bin ich ohnehin die meiste Zeit hier in meiner Heimatstadt. Ich bin in Neuss geboren und aufgewachsen. An den Wochenenden teile ich mir hier den Haushalt mit meiner Mutter.

Was ist es, was Sie an Neuss so schätzen?

Ich bin dieser Stadt und den Neussern sehr dankbar. Meine Familie ist hier in den 70er Jahren gut aufgenommen worden, hat hier Arbeit und Freunde gefunden. Als mein Vater 1987 starb, hat meine Mutter alleine für uns gesorgt. Sie hat hier in Neuss selbst von Fremden sehr viel Gutes erfahren. Das schätzt sie an dieser Stadt sehr und das schätze auch ich. Konkret bin ich beispielsweise auch meinen Erzieherinnen im Kindergarten dankbar, beide Ur-Neusserinnen, die noch mit über 90 hier leben. Ich durfte viel von ihnen lernen.

Gab es aufgrund der Zuwanderungsgeschichte Ihrer Eltern Probleme?

Nein, die gab es nicht. Wir haben uns gut in diese Gesellschaft integriert und hatten vermutlich daher auch keine Probleme. Viele Diskussionen, die heute geführt werden, beispielsweise über die Teilnahme von muslimischen Mädchen am Sportunterricht, kann ich so nicht nachvollziehen.

Ich denke, dass es da heute mehr Probleme gibt, weil es dem Zeitgeist entspricht, so viel über Religion und insbesondere den Islam zu diskutieren.

Sind sie selbst religiös?

Ich bin Muslimin – das war's. Also, ich bin gläubig, für mich gehört es jedoch genauso dazu, in einer Kirche eine Kerze anzuzünden, wie im Ramadan zum Fastenbrechen einzuladen. Ich denke, man muss es nicht dramatisieren, Muslimin zu sein.



War es denn schwierig, als Muslimin in eine christdemokratische Partei einzutreten?

Nein, gar nicht. Das Konservative in der CDU gefällt mir sehr. Die CDU tritt für die gleichen Werte ein, mit denen auch ich aufgewachsen bin. Ich wurde frei erzogen, habe jedoch Grundwerte vermittelt bekommen, die für mich auch jetzt einfach dazu gehören.

Wie kam es konkret dazu, dass Sie in die CDU eingetreten sind?

Ich bin hier in Neuss in die Bürgersprechstunde von Hermann Gröhe, unserem Bundesgesundheitsminister, gegangen und war dann doch selber darüber verwundert, ihn tatsächlich persönlich anzutreffen und keinen vorgeschobenen Mitarbeiter. Seine erste Frage war, wie er mir denn helfen könne. Da habe ich nur gesagt: Deswegen bin ich nicht hier. Für mich heißt es eher: Was kann ich für Sie tun? (lacht) Nun kann ich als Mitglied in der Partei mitwirken. Zudem bin ich ein großer Fan von Hermann Gröhe geworden, der wirklich eine sehr gute Arbeit macht.

Ich freue mich, dass Sie als Neumitglied an den anstehenden Herausforderungen für Partei und Gesellschaft mitarbeiten werden. Danke für das Gespräch! ■

Erstmals seit 1973 Haushalt ohne neue Schulden geplant

Schwarze Null endlich auch für Nordrhein-Westfalen!

Ministerpräsident Armin Laschet, der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp und Finanzminister Lutz Lienenkämper traten Mitte Oktober sichtlich stolz vor die Presse: Bereits ab 2018 – und damit zwei Jahre früher als durch die Schuldenbremse eingefordert – verzichtet die Landesregierung beim Etat auf neue Schulden. In dieser Legislaturperiode, also bis zum Jahr 2022, plant die #NRWKoalition überhaupt keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Der finale Etatentwurf 2018 mit einer Nettoneuverschuldung von null Euro wurde vom Kabinett beschlossen und wird Mitte November in den Landtag eingebracht werden (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Ausgabenschwerpunkte des Haushalts 2018 sind die Bereiche Bildung, Innere Sicherheit, Investitionen in Breitbandausbau und Digitalisierung sowie Verkehr und Integration.

Damit ist der Landeshaushalt 2018 der erste Etat seit 1973, der ohne Schulden eingebracht wird. Ein kurzer Rückblick ins Jahr 1973: Heinz Kühn (SPD) ist nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, der deutsche Bundeskanzler heißt Willy Brandt, Helmut Kohl wird zum Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt, Paul VI. ist Papst, in den USA beginnen die Watergate-Veröffentlichungen, erstmals wird mit dem legendären „Aloha from Hawaii“-Konzert von Elvis Presley ein solches Ereignis live in viele Länder übertragen, und der FC Bayern München wird erst zum vierten Mal Deutscher Fußballmeister. Mit dem Folgehaushalt 1974 beginnt das Land Nordrhein-Westfalen seine Verschuldungspolitik. Insgesamt hat es bis heute einen Schuldenberg in Höhe von 144 Milliarden Euro angehäuft. Im gleichen Zeitraum wurden 139 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt. Die reine Investitionssumme beläuft sich also „nur“ auf 5 Milliarden Euro.

„Dass wir glauben, dass Schulden prinzipiell etwas schlechtes sind, unterscheidet uns von unserer Vorgängerregierung“, betonte Armin Laschet. Die abgewählte rot-grüne Regierung hatte für 2018 noch mit einer Nettoneuverschul-

dung von fast 400 Millionen Euro geplant. Landeshaushalte mit neuen Schulden und Zinszahlungen helfen den Banken, aber nicht den Bürgern, so Laschets Credo. Er bekräftigte, die „Schwarze Null“ als Prinzip für die gesamte Legislaturperiode zu sehen. Laschet: „Damit senden wir auch ein wichtiges Signal von Düsseldorf nach Berlin. Wenn in Nordrhein-Westfalen ein ausgeglichener Haushalt möglich ist, dann sollte dies im Bund erst recht der Fall sein.“

Der für das Zahlenwerk verantwortliche Finanzminister Lienenkämper kündigte an, in der gesamten Legislaturperiode Haushalte ohne Schulden einzubringen. Ab dem Haushalt 2020 sollen Überschüsse erzielt werden. Dann kann damit begonnen werden, den Schuldenberg abzutragen. „Heute ist ein wirklich guter Tag für Nordrhein-Westfalen“, so Lienenkämper. Er plane ein derart solides Zahlenwerk von Anfang an und halte daran auch für die kommenden fünf Jahre fest. „So gelingt auch in der Finanzpolitik der dringend notwendige Aufbruch.“

Der Haushalt 2018 ist mit dem Reparaturhaushalt für 2017 der erste Gestaltungshaushalt der #NRWKoalition, wie Lienenkämper erneut betonte. Bei der Etataufstellung für 2018 gelte der Dreiklang „konsolidieren, modernisieren und investieren“, der bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, als finanzpolitischer Leitsatz. Dabei seien die guten Steuereinnahmen und die jüngsten Konjunkturprognosen hilfreich, sagte Lienenkämper. Die Fortsetzung dieses Trends erwarte er auch für 2018, betonte jedoch, dass die „Schwarze Null“ ohne eigene Sparanstrengungen nicht hätte erreicht werden können. So wird ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag eingespart. Nach einer intensiven Prüfung aller Landesausgaben in den vergangenen Monaten hat sich die Koalition darauf verständigt, beispielsweise bei Landesförderprogrammen zu sparen und die von den Ressorts nicht genutzten Gelder konsequent für die Haushaltskonsolidierung zu nutzen. Zugleich sollen gezielte Investitionen dabei helfen, Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Aufsteigerland zu machen. ■

Daten und Fakten zum Haushalt in Nordrhein-Westfalen

**Erstmals
seit 1973**

wird wieder ein Haushalt ohne geplante Neuverschuldung in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht.

**144.000.000.000 €
Schulden**

hat das Land Nordrhein-Westfalen
seit 1973 angehäuft.

**139.000.000.000 €
Zinsen**

hat das Land Nordrhein-Westfalen bisher
bezahlt. Geld, das für Zukunftsinvestitionen
in Bildung oder Infrastruktur fehlt.

**0 Euro
neue Schulden.**

Geplant für die Haushalte 2018 bis 2022.

**Alleine
6.700.000.000 €
Schulden**

machte Rot-Grün im Jahr 2004 unter Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD).

„Allein die Ankündigung, bis 2022 keine neuen Schulden machen zu wollen, kommt im bevölkerungsreichsten Bundesland einer Sensation gleich. Das hat es seit 1973 nicht gegeben.“

Kölner StadtAnzeiger, 24. Oktober 2017

Abkehr vom Schuldenpfad

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 2017

Die schwarz-gelbe Null

Kölner StadtAnzeiger, 24. Oktober 2017

**Schulden sind für Laschet
„prinzipiell etwas Schlechtes“**

Aachener Nachrichten, 24. Oktober 2017

Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen

Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

An **171.814 Türen** wurde im Bundestagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen geklopft – das ist die Zahl, die mit der „connect17“-App in unserem Bundesland erfasst wurde. Vielen Dank an alle engagierten Wahlkämpfer, die mit von Tür zu Tür unterwegs waren!



Steinhorst, das zu Delbrück im Kreis Paderborn gehört, hat eigentlich nur 800 Einwohner. 1.600 Gäste fanden aber Mitte September im Festzelt Platz, als Angela Merkel für ihre Wiederwahl warb. Musikverein, Schützenvereine und die lokale Politprominenz bildeten einen beeindruckenden Rahmen. In seine Heimat Neuss hatte Spitzenkandidat Hermann Gröhe dann 100 Stunden vor Schließung der Wahllokale geladen. Auch hier waren die über 1.500 Gäste „voll muttviert“ und gespannt, was Angela Merkel „für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ genau vorhat.



Spitzenkandidat Hermann Gröhe war am Wahlabend in der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf. Für ihn bedeutete das Wahlergebnis einen klaren Regierungsauftrag für Angela Merkel und die CDU. Dazu habe beigetragen, dass auch in Nordrhein-Westfalen die Union ihren Platz als Nummer eins im Land deutlich verteidigen konnte, so Gröhe.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 erneut die stärkste politische Kraft im Land geworden. Sie entsendet insgesamt 42 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag. Die NRW-CDU stellt damit die zweitgrößte Landesgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Landesgruppenvorsitzender bleibt Günter Krings aus Mönchengladbach.

Der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 19. Deutschen Bundestag gehören an:

Sybille Benning	Michaela Noll
Peter Beyer	Wilfried Oellers
Dr. Ralf Brauksiepe	Sylvia Pantel
Ralph Brinkhaus	Thomas Rachel
Dr. Carsten Brodesser	Kerstin Radomski
Marie-Luise Dött	Johannes Röring
Hermann Gröhe	Dr. Norbert Röttgen
Christian Haase	Stefan Rouenhoff
Jürgen Hardt	Uwe Schummer
Matthias Hauer	Detlef Seif
Dr. Matthias Heider	Reinhold Sendker
Rudolf Henke	Prof. Dr. Patrick Sensburg
Marc Henrichmann	Jens Spahn
Ansgar Heveling	Dr. Hermann-Josef Tebroke
Prof. Dr. Heribert Hirte	Hans-Jürgen Thies
Thomas Jarzombek	Kerstin Vieregel
Anja Karliczek	Sabine Katharina Weiss
Dr. Georg Kippels	Elisabeth Winkelmeier-Becker
Volkmar Klein	Oliver Wittke
Dr. Günter Krings	Paul Ziemiak
Dr. Carsten Linnemann	
Karsten Möring	





Foto: Landtag NRW/ Bernd Schälte

LANDTAG aktuell:
Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

NORDRHEIN-WESTFALEN-KOALITION

Wir packen an

Das Jahr 2017 kann man getrost als Krimi bezeichnen. In unzähligen Sitzungen und Debatten haben wir die eklatanten Fehler der damaligen Landesregierung aufgedeckt und ihnen eigene Konzepte entgegengestellt. Mit viel Energie und vielen Ideen haben wir gezeigt, dass Nordrhein-Westfalen einen Politikwechsel braucht. Wir haben deutlich gemacht, dass wir das Land wieder an die Spitze führen werden – dahin, wo es hingehört.

Wahlergebnis als Auftrag

Das Wahlergebnis, bei dem die CDU als stärkste Partei hervorgegangen ist, sehen wir als Auftrag, Nordrhein-Westfalen in eine bessere Zukunft zu führen. Mit unserem Koalitionsvertrag haben wir gemeinsam mit der FDP hierfür wichtige Wegmarken gesetzt, an denen wir uns messen lassen wollen. Einen Neuanfang hat die Wahl auch für die 72 Abgeordneten der CDU-Fraktion

mit sich gebracht. Nicht nur die vielen CDU-Parlamentarier, die zum ersten Mal in den Landtag eingezogen sind wissen, dass wir endlich die Chance haben, unsere Ideen und Vorhaben umzusetzen, für die wir schon viele Jahre gekämpft haben.

Wichtige Vorhaben umgesetzt

Im ersten halben Jahr der Nordrhein-Westfalen-Koalition haben wir deshalb schon viele Schwerpunkte gesetzt: Das Entfesselungspaket für unsere Wirtschaft und die Schwerpunktsetzung im sogenannten Nachtragshaushalt und im Haushalt 2018 (Beitrag auf den Seiten 2-4), unsere Schwerpunkte beim Thema Digitalisierung (Namensbeitrag auf den Seiten 5-6) oder auch unsere Unterstützung für Polizei, Verfassungsschutz, Kultur, Sport, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Krankenhäuser. Wir bringen Nordrhein-Westfalen zurück auf die Spitzenplätze!



Arne Moritz,
finanzpolitischer
Sprecher



**Henning
Rehbaum,**
wirtschaftspoliti-
scher Sprecher

NORDRHEIN-WESTFALEN ENTFESSELN

Runter von der Bremse

Die große Reparatur nach sieben Jahren Rot-Grün hat begonnen. Der Landtag hat mit den Stimmen von CDU und FDP den Nachtragshaushalt 2017 verabschiedet. Mit ihm korrigiert die NRW-Koalition zumindest einen Teil der rot-grünen Misswirtschaft der vergangenen Jahre. Die finanzielle Hinterlassenschaft der Regierung Kraft ist desaströs. Ihre Schlusslichtbilanz ist ebenso verheerend wie ihre Haushaltsführung. Viele Bereiche sind völlig unterfinanziert, wie Innere Sicherheit, Kinderbetreuung, Krankenhäuser und Weiterbildungseinrichtungen. Um diesen gewaltigen Kahlschlag zu beseitigen, stellen wir über den Nachtragshaushalt nun die notwendigen Mittel bereit.

Seriös, ehrlich und transparent

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf, dass ihre Regierung solide wirtschaftet. Mit der NRW-Koalition kehrt nun endlich eine seriöse, ehrliche und transparente Haushaltspolitik zurück, zum Wohle der Men-

schen. So berührt dieser Nachtragshaushalt viele Lebensbereiche, Sorgen und Nöte, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen in ihrem Alltag umtreiben.

Um den Kollaps im Betreuungsbereich zu verhindern, erhalten die Träger der Kindertagesstätten insgesamt 500 Millionen Euro. Für die Aufstockung der Polizei stehen zusätzliche 1,5 Millionen Euro für mehr Polizisten zur Verfügung. Es werden zudem drei Millionen Euro mehr in die Polizeiausstattung investiert. Darüber hinaus werden die Kommunen mit 45,3 Millionen Euro beim Unterhaltsvorschuss entlastet, der Alleinerziehenden helfen soll, die keinen regelmäßigen Unterhalt vom anderen Elternteil erhalten.

Somit trägt der Nachtragshaushalt dazu bei, dass eine alleinerziehende Mutter in Nordrhein-Westfalen berufstätig bleiben kann und Menschen sich auch abends noch in den Innenstädten sicher fühlen können. Mit zusätz-

Quelle: Ministerium
der Finanzen NRW

Erhöhung der Einstellungszahlen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter um 300 auf 2.300 sowie 30 zusätzliche Stellen zur Durchführung der Ausbildung	+ 1,5 Mio. EUR
Maßnahmenpaket Polizeiausstattung	+ 3,0 Mio. EUR
118 zusätzliche Stellen zur Terrorbekämpfung (insbesondere beim Verfassungsschutz)	+ 1,2 Mio. EUR
Finanzielle Abgeltung von seit Jahren aufgelaufenen Überstunden im Bereich der Polizei	+ 10,0 Mio. EUR
Finanzielle Abgeltung von seit Jahren aufgelaufenen Überstunden im Bereich des Justizvollzugs	+ 2,0 Mio. EUR
Entlastung der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss	+ 45,3 Mio. EUR*
Beseitigung der unzureichenden Krankenhausinvestitionsförderung	+ 250,0 Mio. EUR
Beseitigung der Unterfinanzierung der Träger von Kindertageseinrichtungen durch ein Trägerrettungsprogramm	+ 500,0 Mio. EUR
Beseitigung der Unterfinanzierung der Weiter- und Familienbildung durch Aufhebung der 5-prozentigen Kürzung	+ 6,0 Mio. EUR
Rückgängigmachung des Buchungstricks der vorgezogenen Darlehens-tilgung BLB	+ 885,0 Mio. EUR

* (Nettodarstellung: 101 Mio. EUR Mehrausgaben abzüglich 55,8 Mio. EUR Mehreinnahmen durch den Bund)



Foto: Shutterstock

lichen 250 Millionen Euro für die Krankenhausinfrastruktur unseres Landes sorgen wir dafür, dass in nordrhein-westfälischen Kliniken die notwendigen Geräte bereitstehen, um schwer erkrankten Menschen mit modernster Medizin helfen zu können. Der gesetzliche kommunale Anteil daran wird durch eine Änderung im Krankenhausgestaltungsgesetz erst im Haushaltsjahr 2018 kassenwirksam.

Das Gesamtvolumen des Haushalts 2017 erhöht sich durch diesen Nachtrag von 72,7 Milliarden Euro auf 73,9 Milliarden Euro. Die Nettoneuverschuldung wird aber gleichzeitig reduziert. Sie liegt für 2017 nun 95,5 Millionen Euro unter dem von der Vorgängerregierung vorgesehenen Betrag. Nordrhein-Westfalen kann nun durchstarten, um an die Spitze der deutschen Bundesländer zu gelangen.

Die schwarze Null steht

Der Nachtragshaushalt 2017 war ein Reparaturhaushalt und soll der letzte mit neuen Schulden sein. Der Haushalt 2018 dagegen ist ein echtes Aufbruchssignal für Nordrhein-Westfalen. Das haben Ministerpräsident Armin Laschet, Finanzminister Lutz Lienenkämper und der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp bei der Vorstellung der Eckpunkte im Oktober deutlich gemacht. Damit erfüllt die NRW-Koalition ein zentrales Wahlversprechen: In Nordrhein-Westfalen steht die schwarze Null! Dabei haben wir nicht auf unseriöse Buchungstricks zurückgegriffen, wie die rot-grüne Landesregierung in den Jahren zuvor. Stattdes-

sen haben wir dem Landtag im November, zum ersten Mal nach 1973, einen geplanten Haushalt ohne Neuaufnahme von Schulden vorgelegt. Unser Anspruch ist es, in der kompletten Legislaturperiode keine neuen Schulden zu machen.



Foto: Shutterstock

Im ersten eigenverantwortlich ausgearbeiteten Haushalt der NRW-Koalition wollen wir konsolidieren, modernisieren und investieren. Er ist solide und enthält echte Einsparungen. Mit mehr Geld für die Bildung machen wir NRW schlauer. Mit mehr Geld für die Polizei machen wir NRW sicherer. Mit mehr Geld für Breitbandförderung machen wir NRW digitaler. Mit mehr Geld für den Verkehr bringen wir mehr Bewegung in unser Land. Mit seriöser, ehrlicher und transparenter Finanzpolitik machen wir Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland für die Menschen, die hier leben.

Nordrhein-Westfalen entfesseln

Runter von der Bremse und Durchstarten bedeutet auch: Bürokratieabbau. Dazu haben wir, gemeinsam mit der FDP, das Entfesselungspaket I auf den Weg gebracht. Unter Rot-Grün drohte Nordrhein-Westfalen an wirkungslosen und damit überflüssigen Regelungen zu ersticken. Nun geben wir der Wirtschaft und den Menschen in unserem Land wieder Luft zum Atmen. Wir setzen ein erstes klares Signal für eine dynamische Entwicklung unseres Landes. Konkret werden mehr als ein Dutzend Regelungen geändert, gestrichen oder angepasst, die die Wirtschaft und die Menschen in unserem Land bisher eingeschränkt haben.



Die viel kritisierte Hygieneampel wird endlich wieder abgeschafft. Das dahinterstehende „Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz“ war kompliziert für alle Betroffenen, besonders für die rund 150.000 Betriebe. Statt dieser unnötigen Regelung, die wenig Nutzen aber viel Frust gebracht hat, werden wir gemeinsam mit den Beteiligten an einem Modell auf freiwilliger Basis mit Positiv-Auszeichnungen arbeiten.



Belebung der Innenstädte

Auch das Ladenöffnungsgesetz haben wir angepackt. Damit können die Händler an Samstagen selbst entscheiden, wie lange Sie geöffnet

haben wollen. Es besteht die Möglichkeit für acht statt vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr. Damit schafft die NRW-Koalition Rechtssicherheit. Gründe für geöffnete Läden an Sonntagen können in Zukunft unter anderem auch die Belebung der Innenstädte oder die Sichtbarkeit der Kommune als attraktiver Standort für Bürger und Unternehmen sein.

Wir überarbeiten auch das sperrige Bürokratiemonster Tariftreue- und Vergabegesetz, wobei die Regelungen zum gesetzlichen Mindestlohn darin erhalten bleiben. Dafür entfallen jedoch komplizierte und lähmende Nachweispflichten für die Wirtschaft und die Verwaltung. Dieses Beispiel zeigt, dass wir, da wo es sinnvoll ist, Bewährtes erhalten, da wo es die Wirtschaft lähmt, Unnötiges streichen.

Potenziale besser abrufen

Nicht nur für Gründer ist wichtig: Wir führen die vollelektronische Gewerbeanmeldung ein, bei der es nicht mehr erforderlich ist, die Daten auf einem anderen Weg weiterzuverarbeiten, als sie eingereicht wurden. Zahlreiche Vereinfachungen, beispielsweise im Verwaltungsverfahren, im Sozial-, Pflege-, und Krankenhausrecht gehören auch zum Entfesselungspaket I.



Für uns ist klar, dass wir damit noch nicht am Ziel sind und weitere Entfesselungspakete folgen werden. Die Zeit der Bevormundung und Überregulierung ist vorbei. Nordrhein-Westfalen wird seine Potenziale in Zukunft besser abrufen können.

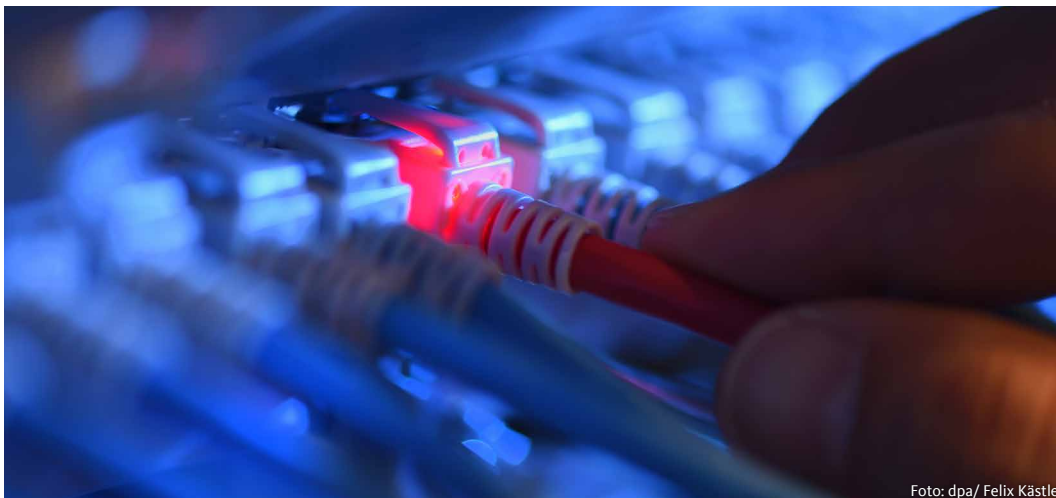


Foto: dpa/ Felix Kästle



Florian Braun,
digitalpolitischer
Sprecher

AUSBLICK

Neuer Schwung zur Digitalisierung

Vor wenigen Jahren noch als Spezialthema verschrien, ist die Digitalisierung der Gesellschaft, der Arbeitsplätze, der Schulen, ... schlicht: ist die Digitalisierung unseres Lebens, nicht mehr aus dem Mittelpunkt politischer Debatten wegzudenken. Dabei ist die Digitalisierung ein Synonym für den technologischen Fortschritt des 21. Jahrhunderts. Nichts, was man aufhalten könnte. Aber etwas, was selbstverständlich politisch gestaltet werden muss. Wie gehen wir mit neuen regulatorischen, moralischen und finanziellen Herausforderungen um? Wie ermöglichen wir eine breite Teilhabe? Wie verhindern wir, dass Menschen zurückgelassen werden? Wie können wir den digitalen Wandel nutzen, um das Leben der Menschen Nordrhein-Westfalens zu erleichtern? CDU und FDP waren sich in den Koalitionsverhandlungen einig: Das sind zentrale Fragen einer modernen Politik.

Rot-Grün hat die Fragen des digitalen Wandels nicht beantworten können: Keine klaren Zuständigkeiten, keine valide Strategie. Im

nationalen wie internationalen Wettbewerb hinken wir hinterher. Deshalb haben wir im Landtag – deutschlandweit bislang einmalig – einen Ausschuss für Digitalisierung und Innovation geschaffen. Wir wollen aufholen und überholen. Wir wollen an Attraktivität gewinnen als Standort für unsere klugen Köpfe sowie für etablierte und junge Unternehmen. Ein Auszug unserer ambitionierten Projekte zur Gestaltung unseres Landes:

Gigabit-Masterplan bis 2025

Im Rahmen einer umfassenden Digitalstrategie für Nordrhein-Westfalen werden wir den Breitbandausbau als Basis aller Handlungsfelder in den Mittelpunkt stellen. Nach dem Prinzip „Glasfaser first“ soll unser Land bis 2025 flächendeckend mit Gigabit-Netzen ausgestattet werden. Schulen, öffentliche Einrichtungen und Gewerbegebiete genießen oberste Priorität. Dafür stellen wir fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Außerdem sollen mehr öffentliche WLAN-Zugänge eingerichtet werden.

eGovernment für Jedermann

Bürger und Unternehmen sollen Verwaltung als einen digitalen Dienstleister erleben. Mit dem Entfesselungspaket I und der elektronischen Gewerbeanmeldung haben wir bereits erste Schritte eingeleitet, damit Gründer den Weg zur Behörde einsparen können. Trotzdem bleibt der physische Gang zum Amt weiterhin möglich. Auch die Behörden selbst werden digitaler: Die elektronische Akte wird 2018 etabliert und wir wollen erstmals sogenannte „Blockchain“-Verfahren testen. Dabei bauen Datensätze aufeinander auf und werden dezentral gespeichert, sodass der Datenverkehr unmanipulierbar und unzerstörbar – eben so sicher wie möglich – wird, wie es bei äußerst sensiblen, persönlichen Daten zwingend notwendig ist.

Existenzgründungen vereinfachen

Gründungen bringen wertvolle Impulse. Innovative, neue Geschäftsmodelle können dazu beitragen den strukturellen Wandel in Nordrhein-Westfalens Wirtschaft voranzutreiben. Um Gründern in hier eine gute Basis zu bieten, wollen wir nicht nur Bürokratie abbauen, sondern „First-Stop-Shops“, also online wie offline zentrale Anlaufstellen für gründungsrelevante Prozesse und Beratungen, landesweit etablieren. Und wir schaffen ein Gründer-Stipendium. Das Ziel: 1000 Gründer

mit 1000 Euro im Monat unterstützen in der Zeit der Vorgründung und der unmittelbaren Gründungsphase, wenn Banken aufgrund von fehlenden Sicherheiten noch keine Kredite gewähren („Pre-Seed- und Seed-Phase“).

Digitalkompetenz von klein auf stärken

Aus dem Alltag und der Arbeitswelt ist der Einsatz digitaler Mittel nicht mehr wegzudenken. Umso wichtiger, dass auch unser Nachwuchs den (sinnvollen) Umgang damit erlernt und die Funktionsweisen versteht. Nicht jedes Kind muss Programmierer werden, nicht jedes Kind Englischlehrer. Aber die Grundzüge der geläufigsten Sprachen dieser Welt sollten Bestandteil jedes Bildungswegs sein. Wir werden die digitale Infrastruktur und Ausstattung gemeinsam mit dem Bund schaffen und Programmierung wird verpflichtend Einzug in den Lehrplan erhalten. Dafür setzen wir auf eine Fortbildungsoffensive unserer Lehrkräfte.



Foto: Benjamin Decker



Foto: pixabay/TechLine

GESUNDHEIT

Geld für die Krankenhäuser und Ärzte für die Patienten

Bis zur vollständigen Genesung wird es noch mehr Zeit und Geld brauchen, aber ein wichtiger Schritt für die Krankenhäuser und für die Patientinnen und Patienten ist getan. Die Kliniken bekommen aus dem Nachtragshaushalt 2017 250 Millionen Euro.

Die jahrelange Unterfinanzierung unter der rot-grünen Regierung hat dazu geführt, dass es gerade dort einen riesigen Investitionsstau gibt. „In Wahrheit ist diese Politik auf den Rücken der Pflegekräfte ausgetragen worden“ sagt NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. Die Leitungen vieler Kliniken hätten sich in der Vergangenheit oft nicht anders zu helfen gewusst, als am Personal zu sparen, um in Technik investieren zu können. Damit ist jetzt Schluss. Die NRW-Koalition hält ihr Versprechen aus dem Wahlkampf und aus dem Koalitionsvertrag: Die Krankenhäuser bekommen nun eine direkte Finanzspritze und zusätzliche Geldmittel sollen folgen.

Die weitere Therapie

Die Krankenhäuser sind existentiell wichtig für das Land. Sie stellen die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten in den Kommunen sicher, schaffen Arbeitsplätze und zusätzliche

Wirtschaftskraft, zum Beispiel bei Zuliefererbetrieben. Die weitere Therapie: Wir werden die Krankenhausplanung stärken und Strukturveränderungen in den Kliniken vornehmen, die die Qualität sichern.

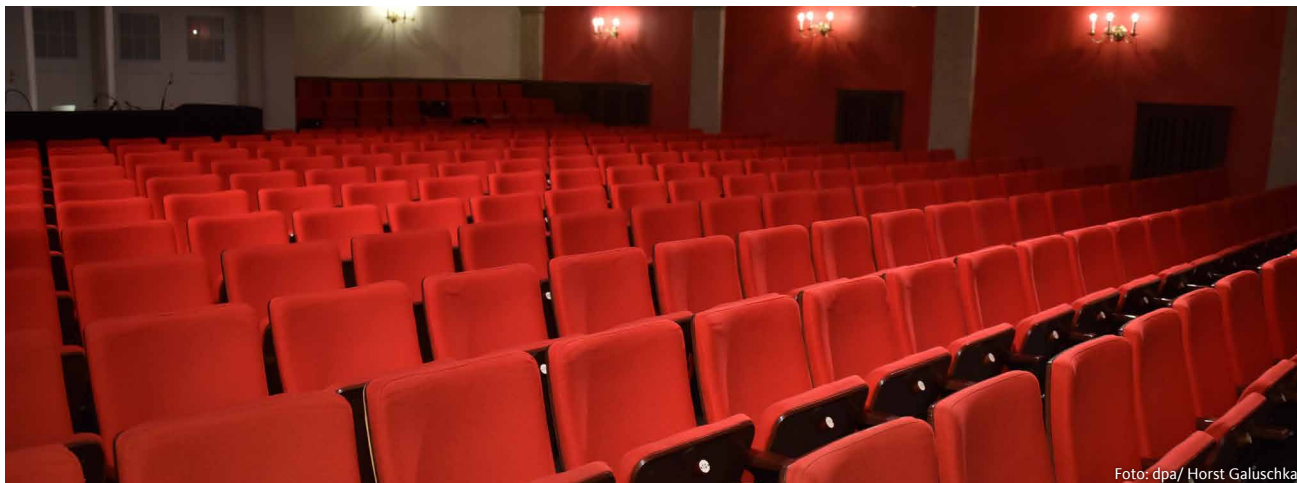
Auch den Hausärztemangel in Nordrhein-Westfalen haben wir im Blick. „Wir brauchen in einer älter werdenden Gesellschaft eine verlässliche und ausreichende hausärztliche Versorgung, sowohl im städtischen wie im ländlichen Raum, um für alle Menschen in jeder Lebenslage die Gesundheitsversorgung sicherzustellen“, erklärt Peter Preuß, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Hausärzterprogramm und Landarztquote

„Deshalb wollen wir das Hausärzterprogramm erneuern und in einem weiteren Schritt die sogenannte „Landarztquote“ einführen. Sie soll mehr jungen Menschen ohne die Hürde des Numerus Clausus ein Medizinstudium ermöglichen, verbunden mit einer späteren Arbeit in Gebieten, die dringend mehr Ärzte brauchen.“ Außerdem soll zukünftig an jeder Universität ein Lehrstuhl für Allgemeinmedizin existieren. So werden wir die Situation Schritt für Schritt entspannen.



Peter Preuß,
gesundheitspoli-
tischer Sprecher



KULTUR IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Einmalig in Europa

Nordrhein-Westfalens Theater- und Orchesterlandschaft ist in Europa wohl einmalig. Die vielen Theaterunternehmen und Konzertsorchester prägen das geistige Erscheinungsbild und die kulturelle Infrastruktur unseres Landes. Ergänzt wird dieses künstlerische Angebot durch Beispieltheater und eine kreative freie Szene.

Kulturelle Teilhabe für Alle

Dabei sind Theater Orte, die politische und gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen und diese den Besucherinnen und Besuchern in einer ästhetischen Form zur Auseinandersetzung darbieten. Orchester tragen durch ihre Angebote zur musikalischen Bildung bei. Theater und Orchester sind damit herausragende Einrichtungen der kulturellen Teilhabe für Alle.

Im Unterschied zu anderen Bundesländern liegt die Finanzierung der 18 rein kommunalen Stadttheater und der 15 kommunalen Orchester in Nordrhein-Westfalen aufgrund der historischen Entwicklung weitgehend in der Hand der Kommunen. Diese dezentrale städtische Verantwortung ist wesentliche Ursache für die Qualität und Leistungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Theaterlandschaft.

Herausforderungen durch Kostensteigerung

Durch die jährlichen Kostensteigerungen, bedingt vor allem auch durch Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst, ist die Aufrechterhaltung eines künstlerisch anspruchsvollen Angebots insbesondere auch in der Fläche für die Kommunen eine große Herausforderung.

Wir werden die kommunalen Theater und Orchester daher zügig und nachhaltig stärken, damit sie weiterhin qualitativ anspruchsvolle künstlerische Leistungen darbieten können. Dazu soll gemeinsam mit den Theatern, Orchestern und den Kommunen ein Modell entwickelt werden, das sowohl künstlerischen als auch kommunalen und haushälterischen Ansprüchen gerecht wird.

Ein Land der Kunst und Kultur

Mit einer solchen Erhöhung wird eine Weiterentwicklung und Profilierung der nordrhein-westfälischen Theater- und Orchesterlandschaft gemeinsam mit den betroffenen Städten einhergehen. Darüber hinaus soll die innovative künstlerische Arbeit der freien Theaterszene in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestärkt werden, damit Nordrhein-Westfalen auch in den kommenden Jahren ein Land der Kunst und Kultur bleiben kann.



ENTFESSELUNGSKAMPAGNE IM SPORT

Den Stillstand durchbrechen



Jens Nettekoven,
sportpolitischer
Sprecher

Ob Breitensport oder Spitzensport - die Sportvereine in unserem Land sind ein wichtiger Anlaufpunkt für Menschen aus allen Bereichen. Ob arm oder reich, Deutsche oder Ausländer, Frauen oder Männer – im Sport wird Gemeinschaft gelebt und Verantwortung gelernt. Das alles wäre ohne die enorme Unterstützung der circa 500.000 Ehrenamtler in den rund 19.000 Sportvereinen nicht machbar. Sie sind die Stützen, die überhaupt erst ermöglichen, dass der Sport in unserem Bundesland so gut aufgestellt ist.

Weniger Bürokratie – mehr Sport

Genau diese Menschen werden wir mit unserer Entfesselungskampagne unterstützen. Denn Ehrenamtliche in Vereinsvorständen müssen immer mehr Zeit für Bürokratie aufbringen und haben damit immer weniger Zeit für die eigentliche Vereinsarbeit. Wir werden daher den bürokratischen Dschungel lichten und die Hürden bei der Antragstellung auf Förderungen vereinfachen.

„Endlich wird der fast sieben Jahre dauernde Stillstand im Sportbereich durchbrochen. Anstatt den Sport mit immer mehr Bürokratie zu belasten, werden wir als NRW-Koalition den Sport in unserem Land entfesseln“, sagt Jens Nettekoven, der sportpolitische Sprecher der Fraktion.

„Wer Vereine mit unnötigen Vorgaben belastet, nimmt billigend in Kauf, dass die Zahlen der ehrenamtlich Aktiven immer weiter zurückgehen. Kaum ein ehrenamtlicher Vereinsvorstand kann den Dschungel aus Richtlinien, Verwaltungsvorschriften, Durchführungshinweisen und Nebenbestimmungen durchdringen, geschweige denn entsprechend handeln.“

Sportlandschaft endlich aufwerten

Auch bei der Sportpauschale hat die Nordrhein-Westfalen-Koalition wichtige Änderungen auf den Weg gebracht. Zusammen mit FDP und Landesregierung haben wir dafür gekämpft, dass die Sportpauschale, also die Mittelzuweisungen für die Sportstätten vor Ort, angehoben wird. „Nach Jahren des Stillstandes wird die Pauschale so um rund 7 Prozent auf 53,4 Millionen Euro erhöht“, so Nettekoven.

„Damit wird erstmals seit 14 Jahren der Mindestbetrag, den jede Kommune erhält, um 50 Prozent auf 60.000 Euro erhöht.“ Mit diesem umfangreichen Maßnahmenpaket wird der finanzielle Handlungsspielraum für die Kommunen auf Dauer ab dem kommenden Jahr erweitert und die vielerorts marode Sportlandschaft wird aufgewertet - denn wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Sportland Nummer 1 bleibt.



Bernhard Hoppe-Biermeyer, kommunalpolitischer Sprecher



Fabian Schrumpf, bau- und wohnungspolitischer Sprecher

DENKMALFÖRDERUNG

Politischer Neustart notwendig

O b die trutzige Burg, das romantische Fachwerkhaus oder die historische Ausgrabung in der Nachbarschaft: Denkmäler sind ein wichtiges Fundament unserer Heimat und gehören zum kulturellen Erbe einer jeden Region. Daher ist es so unschätzbar wichtig, Denkmäler zu restaurieren und damit ein Stück Heimat zu erhalten.

Neustart in der Denkmalförderung

Der Tag des offenen Denkmals am 10. September 2017 war für uns deshalb ein Ausgangspunkt für den dringend erforderlichen Neustart in der Denkmalförderpolitik. Kernpunkt des Antrags der Nordrhein-Westfalen-Koalition ist die deutliche Steigerung der Fördermittel für die Denkmalpflege seitens der Landesregierung. Und das bereits im Haushalt 2018. Damit erfährt nicht nur das herausragende bürgerschaftliche Engagement in der Denkmalpflege die ihm angemessene

Unterstützung, sondern auch die kulturelle Vielfalt Nordrhein-Westfalens insgesamt.

Fabian Schrumpf, baupolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, verdeutlichte die Relevanz der Denkmalpolitik: „In vielen Städten und Gemeinden unseres Landes bilden Denkmäler einen wichtigen Teil ihres Gesichts. Sie sind damit für die Menschen identitätsstiftend. Ja, sie sind ein wichtiger Teil unserer Heimat.“

Drastische Kürzungen unter Rot-Grün

Nachdem die Fördergelder unter der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung von 3,7 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 12,2 Millionen Euro im Jahr 2009 erhöht wurden, kürzte Rot-Grün diese Mittel drastisch. 2016 waren nur noch 1,7 Millionen Euro Förderung für diesen immens wichtigen Bereich übrig. Diese Fehlentwicklung gefährdete den Erhalt der rund 87.000

Bau- und Bodendenkmäler Nordrhein-Westfalens und damit den Erhalt der kulturellen Identität unseres Landes. „Denn jedes einzelne Denkmal erzählt eine Geschichte, macht Geschichte lebendig, greifbar und gibt diese an die nachfolgenden Generationen weiter“, so Schrumpf.

Durch die angestrebte Erhöhung der Fördermittel werden wir die unverzichtbar wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen unterstützen, die sich seit Jahren für den Erhalt und die Pflege von Denkmälern in unserem Land engagieren. Ihnen gilt ganz besondere Anerkennung durch die Politik.

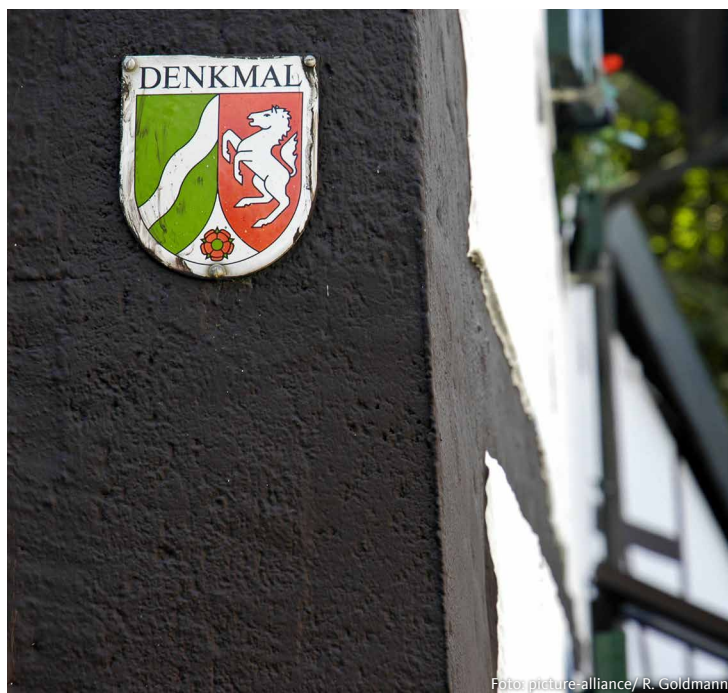


Foto: picture-alliance/ R. Goldmann



Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Geduld bezeichnet die Fähigkeit zu warten. Eine Fähigkeit, die uns allen zunehmend abhandenkommt, denn für mehr als 55 Prozent der Deutschen, so das Ergebnis einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung, sind Wartezeiten das größte Ärgernis im Alltag. Die Rede ist nicht vom Warten auf Lebensnotwendiges, ein Spenderorgan etwa oder die Feuerwehr, wenn es brennt. Es geht um das ganz alltägliche Warten, im Supermarkt oder am Bahnhof.

Und in der Politik? Demokratie ist auch eine Frage der Geduld, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor Kurzem. Unser System der repräsentativen Demokratie, darauf angelegt Interessensunterschiede auszubalancieren und diesem Vorgang Zeit im Parlament einzuräumen, setzt Warten auf die Ergebnisse politischer Entscheidungen geradezu voraus. Eine Erkenntnis, die sich wohl nicht in die Reihen der SPD-Fraktion verirrt hat. 76 Tage nach Verteidigung der Landesregierung poltert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Norbert Römer, in seiner Erwiderung zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 14. September 2017: „Schwarz-Gelb ist eine Koalition der gebroche-

nen Wahlversprechen.“ Potz Blitz! Nach der, für die SPD anscheinend quälend langen Oppositionszeit von gut zwei Monaten, wurden noch nicht alle Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umgesetzt. Ein Skandal!

Mal im Ernst: So überraschend die Oppositionsrolle für die SPD auch ist, mit solchen Sätzen erliegt sie der durchschaubaren Versuchung, politisches Kapital aus der allgegenwärtigen Ungeduld der Menschen zu schlagen. Regierung und Parlament arbeiten für die Dauer einer Legislaturperiode! Am Ende dieses Zeitraumes ziehen die Wähler Bilanz – nicht Herr Römer. Wer dieses Prinzip in Frage stellt, macht demokratische Entscheidungsprozesse zum Spielball der Ungeduldigen und gießt Wasser auf die Mühlen der Demokratiegegner.

Für mich wird jedenfalls, auch in Zukunft, die Qualität einer ausgewogenen und tragfähigen Lösung entscheidend sein und erst in zweiter Linie die Zeit, die notwendig ist um sie zu erreichen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, auch im Namen aller Abgeordneten und Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion, eine besinnliche und gesegnete Advents- und Weihnachtszeit.



Jens Kamieth,
familienpoliti-
scher Sprecher



WERKSTATTGESPRÄCH

Kinder und Jugendliche an erster Stelle

Wir werden die Kinder- und Jugendarbeit besser fördern – das ist ein erklärtes Ziel der Nordrhein-Westfalen-Koalition. Der Kinder- und Jugendförderplan, der am Anfang jeder Legislaturperiode erarbeitet werden muss, ist dafür ein wichtiger Rahmen. Hier werden die Mittel festgeschrieben, die dem so genannten „3. Lernort“ zur Verfügung gestellt werden, also den Einrichtungen, außerhalb von Familie und Schule. Dieser Bereich ist eine wichtige Unterstützung für die Bildung und Entwicklung der Kinder und Jugendlichen.

In unserem ersten Werkstattgespräch dieser Legislaturperiode haben deshalb Landtagsabgeordnete und Experten über die Anforderungen für einen soliden Kinder- und Jugendförderplan für die kommenden Jahre diskutiert. Auch der Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Dr. Joachim Stamp, und der jugendpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Alexander Brockmeier, diskutierten mit den Gästen.

Kinder und Jugendliche an erster Stelle

„Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP wollen wir diese Erkenntnisse nutzen, um die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kin-

der- und Jugendarbeit zu sichern und die besten Voraussetzungen für die Lebensbildung und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu schaffen“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende, Bodo Löttgen, im Anschluss an die Veranstaltung. „Mit dem Werkstattgespräch haben wir einen wichtigen Schritt hin zu einer solide aufgestellten und zukunftsorientierten Kinder- und Jugendarbeit in und für unser Nordrhein-Westfalen gemacht. Kinder und Jugendliche gehören endlich wieder an die erste Stelle.“

Auch der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jens Kamieth, zeigte sich beeindruckt von dem immensen Zuspruch und den konstruktiven Gesprächen, an denen rund 140 Experten teilgenommen haben: „Als NRW-Koalition stehen wir zuverlässig dafür ein, im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans die Mittel zur Verfügung zu stellen, die eine nachhaltige Umsetzung der Arbeit für unsere Kinder- und Jugendlichen möglich machen sollen. Wir wollen, dass alle jungen Menschen die Chance bekommen, einen aktiven Part in unserer Gesellschaft und Demokratie einzunehmen. Dafür brauchen wir eine gut aufgestellte Kinder und Jugendförderung.“

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Nils Sönksen, Stephanie Feck, Kai Schumacher, Oliver Erftkämper
Kontakt und Website: www.cdu-nrw-fraktion.de

„Mit Entschlossenheit und Zuversicht will die #NRWKoalition für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen eintreten.“ So formulierte der Landesvorsitzende Ministerpräsident Armin Laschet den Anspruch seiner Regierung. Leitideen und Schwerpunkte, aber auch die ersten bereits erzielten Ergebnisse der #NRWKoalition stellen wir Ihnen auf den folgenden Seiten vor.

Kita und Schule

NRW geht schlauer!

Die #NRWKoalition ist mit dem Anspruch gestartet, Nordrhein-Westfalen zum Land des Aufstiegs durch Bildung zu machen. Nordrhein-Westfalen soll wieder ein Land werden, das Chancen für alle bietet – egal, ob Klein oder Groß. Dafür braucht es jedoch eine intakte Bildungskette. Gute Bildung – vom Kindergarten, über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zur Weiterbildung – ist der Schlüssel für Teilhabe und sozialen Aufstieg. Die #NRWKoalition investiert in die Zukunft künftiger Generationen und legt damit den Grundstein für eine gute Bildung, denn Bildung ist die wichtigste und nachhaltigste Zukunftsinvestition.

Zunächst müssen wir rot-grüne Fehler und Versäumnisse in der Bildungspolitik reparieren, um anschließend Nordrhein-Westfalen wieder zum bildungspolitischen Vorreiter zu machen. Unsere ersten Schritte:

Mehr Geld für Kitas: Für Kitas ist ein Sofortrettungsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro aufgelegt. Damit wird die chronische Unterfinanzierung in diesem Bereich beseitigt. Trägervielfalt und eine gute Betreuung unserer Kleinsten liegen uns besonders am Herzen.

Leitentscheidung für ein echtes G9: Der entsprechende Gesetzesentwurf wird im kommenden Jahr vorgelegt, damit bereits jetzige Grundschüler von der Leitentscheidung profitieren können. Wenn Schulen dies wünschen, bleibt G8 allerdings weiterhin unbürokratisch möglich.

Unterrichtsausfall wirksam bekämpfen: Die Vorbereitungen laufen, damit der Unterrichtsausfall endlich schulscharf erfasst werden kann – ab dem Schuljahr

2018/19 ist es so weit. Wir haben eine Einstellungs-offensive eingeleitet: Seiteneinsteiger können jetzt neben den Fächern Kunst, Musik und Sport auch als Englischlehrer an Grundschulen unterrichten. Lehrer für die Sekundarstufen I und II können zwei Jahre an Grundschulen unterrichten und erhalten dann eine Stellengarantie an einer Gesamtschule oder einem Gymnasium.

Wahlrecht für Eltern: Wie versprochen hat die #NRW-Koalition die Schließung von Förderschulen gestoppt. Eltern behinderter Kinder sollen eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Förder- und Regelschulen haben. Am Rechtsanspruch auf inklusiven Unterricht wird nicht gerüttelt, aber die Qualität muss stimmen – für Schüler, Lehrer und Eltern.

Mehr Geld für Schulen: Mit dem Haushalt 2018 wird die Investitionspauschale für die Instandhaltung und Instandsetzung unserer Schulgebäude erhöht. Damit wollen wir unser Ziel erreichen, die Schulen in Nordrhein-Westfalen besser zu machen.

Kulturpolitik wieder stärken: Die #NRWKoalition stellt die Kulturpolitik wieder mehr in den Mittelpunkt. Darum soll der Kulturretat in den nächsten fünf Jahren um 50 Prozent erhöht werden.



Sicherheit in Stadt und Land **NRW geht sicherer!**

Es war eines der bestimmenden Themen im Wahlkampf und ist auch weiterhin, so sagte es Ministerpräsident Armin Laschet in seiner Regierungserklärung, das Thema, „das die Menschen in diesen Tagen am meisten bewegt“. Deshalb setzt die #NRW-Koalition auf eine Null-Toleranz-Linie gegenüber Kriminellen. Mehr Polizisten und eine effizientere Justiz sollen NRW sicherer machen.

Mit diesen konkreten Schritten stellt die CDU-geführte Landesregierung die Weichen für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen:

Mehr Polizisten: Wie im Wahlkampf versprochen, sorgt die CDU-geführte Landesregierung für mehr Polizei auf der Straße. Zum 1. September wurden 2.300 neue Kommissaranwärter eingestellt – 300 mehr als von der Vorgängerregierung geplant. Gleichzeitig werden in den nächsten fünf Jahren 2.500 Polizeiangestellte eingestellt, also 500 pro Jahr. In diesem Jahr wurden bereits 100 Stellen für diese Entlastungskräfte vorab zur Verfügung gestellt. Außerdem stellt die neue Landesregierung kurzfristig 118 zusätzliche Sicherheitsexperten im Ministerium des Innern ein – vor allem in den Bereichen Terrorismus- und Extremismusabwehr.

Mehr Vertrauen für unsere Polizei: Die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist abgeschafft. Damit ist der von tiefem Misstrauen gegenüber den Beamtinnen und Beamten geprägte rot-grüne Beschluss rückgängig gemacht. Die #NRW-Koalition macht deutlich, dass sie den Polizisten vertraut und sie nicht weiter unter Generalverdacht stellt. Auch die zahlreichen Überstunden werden angepackt: In einem ersten Schritt wurden 10 Millionen Euro im Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt, die es möglich machen, dass die Polizistinnen und Polizisten ihre Überstunden ausbezahlt bekommen. Den Polizistinnen und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen, die bei den G-20-Krawallen in

Hamburg im Einsatz waren, wurden drei Tage Sonderurlaub gewährt.

Bessere Ausstattung für unsere Polizei: Die Landesregierung sorgt dafür, dass die Polizei technisch auf höchstem Niveau bleibt. Dazu wurden kurzfristig drei Millionen Euro für die Modernisierung der Technik-Ausstattung der Polizei bereitgestellt. Von dem Geld sollen zum Beispiel Geräte für die mobile Identifizierung von Verdächtigen und neue Software für eine bessere Handy-Auswertung beschafft werden.

Justiz

Im Bereich der Inneren Sicherheit kommt es auch auf ein funktionierendes Rechtssystem an, denn nur so kann verlorengegangenes Vertrauen in den Rechtsstaat wiederhergestellt werden. So sollen Gerichtsverfahren kürzer werden – ohne Qualitätseinbußen, bis 2021 soll ein elektronischer Rechtsverkehr eingeführt, der Strafvollzug sicherer und effizienter gestaltet und mit Einrichtung eines entsprechenden Beauftragten der Opferschutz gestärkt werden. Auch Cyberkriminalität soll künftig konsequenter geahndet werden.

Wirtschaft, Verkehr, Gesundheit und Pflege NRW geht stärker, schneller und fairer!

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft braucht einen neuen Aufbruch, um ihre wirtschaftliche Kraft entfalten zu können. Auch die nordrhein-westfälische Infrastruktur braucht mehr Bewegung. Nordrhein-Westfalen muss aber auch fairer in der Gesundheitspolitik werden. So ist die Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung für Menschen in unserem Land das oberste Ziel.

Diesen enormen Herausforderungen stellt sich die #NRW-Koalition und hat erste Maßnahmen ergriffen, damit Nordrhein-Westfalen Land der Innovation und hoher Lebensqualität wird:

Bürokratie abschaffen: Die unter Rot-Grün eingeführte Hygieneampel war ein Bürokratiemonster. Sie hat Gastwirten, Fleischern und Bäckern enormen Aufwand bereitet, dem Verbraucher aber nicht geholfen. Deshalb wurde sie abgeschafft. Außerdem hat die #NRW-Koalition das Tarifreue- und Vergabegesetz umfassend entschlackt und reformiert. Vertragliche Sanktionsmöglichkeiten werden gestärkt, belastende Nachweispflichten werden abgeschafft. Gleichzeitig haben öffentliche Auftraggeber mehr Freiheiten bei der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsaspekten.

Neuaufgabe der Ruhrgebietskonferenz: Das Ruhrgebiet und der dazugehörige Strukturwandel brauchen neue Impulse. In einer Ruhrgebietskonferenz, die im kommenden Jahr tagen wird, wird in Zusammenarbeit mit Land, Bund und EU eine gemeinsame Strategie für das Ruhrgebiet entwickelt werden.

NRW geht schneller: Die Erhaltungsmittel für die Landstraßen werden auf jährlich 200 Mio. Euro erhöht, damit auch Siedlungs- und Gewerbegebiete abseits der Bundesstraßen zuverlässig ans Straßennetz angebunden und beschädigte Straßen erneuert werden können. Ende dieses Jahres wird zudem der fertige Masterplan mit allen Maßnahmen vorgestellt.

Höherer Stellenwert für Allgemeinmedizin: Der Aufbau der Medizinischen Fakultät mit dem Schwerpunkt Allgemein-

medizin in Ostwestfalen-Lippe ist in Planung. Zum Wintersemester 2021/2022 sollen bis zu 300 Studienplätze pro Jahr an der Universität Bielefeld zur Verfügung stehen.

Krankenhausstrukturen müssen erneuert werden: Die Landesregierung stellt mit dem Nachtragshaushalt 250 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen bereit. Damit wird ein enormes Defizit bei der Versorgung behoben. Die Gelder sollen den Krankenhäusern für eine bessere Ausstattung zur Verfügung stehen, um eine bestmögliche stationäre Versorgung gewährleisten zu können.

Mehr Gerechtigkeit für Pflegekräfte: Pflegekräften soll es zukünftig möglich sein, eine Interessenvertretung zu stellen. Dabei sollen die betroffenen Berufsangehörigen selbst entscheiden können, ob und in welcher Interessenvertretung sie mitwirken möchten. Durch die Vertretung soll es den Pflegekräften ermöglicht werden, in Entscheidungsgremien aktiv mitwirken zu können und somit die eigenen Interessen bestmöglich zu vertreten.

Finanzierung der Pflegeberufe und nichtärztlichen Heilberufe: Die Abschaffung des Schulgeldes sowie eine Ausbildungsvergütung sind sowohl für den Pflegeberuf als auch für die Ausbildung für nichtärztliche Heilberufe vorgesehen. Durch eine Anpassung der finanziellen Rahmenbedingungen sollen neue Fachkräfte gewonnen werden, um eine angemessene Versorgung der pflegebedürftigen Menschen sicherzustellen.

Hebammen und Entbindungspfleger stärken: Um die schwierige Lage der Geburtshilfe und der Hebammen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, wird der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Projektgruppe einrichten. Diese wird sich nicht nur detailliert mit der Berufsausübung der Entbindungspfleger und Hebammen und mit der Geburtshilfe befassen, sondern vor allem dem Runden Tisch Geburtshilfe konkrete Verbesserungsvorschläge und Handlungsempfehlungen unterbreiten.

Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl im Vergleich

Das Wahljahr 2017 in Nordrhein-Westfalen

Fotos: Shutterstock

Das Jahr 2017 war in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Doppelwahljahr. Manche Beobachter sahen in der Landtagswahl im Mai bereits eine vorgezogene „kleine Bundestagswahl“, die einen Fingerzeig geben würde auf das Wahlergebnis im September auf Bundesebene.

Erfolgreiches Jahr 2017 für die CDU Nordrhein-Westfalen

Nach dem fulminanten Wahlsieg der CDU im Mai 2017 und der anschließenden raschen Bildung einer schwarz-gelben Koalition konnte man gespannt sein, ob sich nach dem Ausgang der Landtagswahl die politischen Verhältnisse im Bund auch jenseits des reinen Regierungswechsels fundamental verschieben würden.

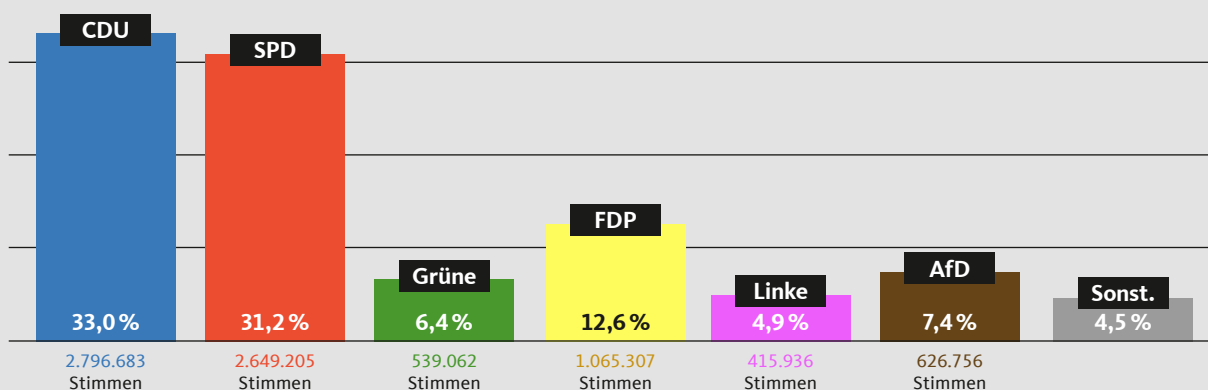
Auch bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 ging die CDU in Nordrhein-Westfalen als stärkste politische Kraft durchs Ziel. Von den insgesamt 64 nordrhein-westfälischen Bundestagswahlkreisen gingen 38 (59,4 %) an die CDU und 26 an die SPD. Dies bedeutete für die CDU ein Zugewinn von einem Direktmandat gegenüber den Bundestagswahlen von 2013 und 2009. Es war dies zugleich die höchste Anzahl von Direktmandaten in Nordrhein-Westfalen seit der Wiedervereinigung und entsprach beispiel-

weise gegenüber 2005 einer Steigerung um 14 Mandate (niedrigster Wert bei Bundestagswahl 1998: lediglich 18 Direktmandate). Dennoch: Aufgrund eines schlechteren Abschneidens als 2013 und der nun im Deutschen Bundestag vertretenen sechs Parteien ist die NRW-Landesgruppe um 21 Abgeordnete kleiner geworden.

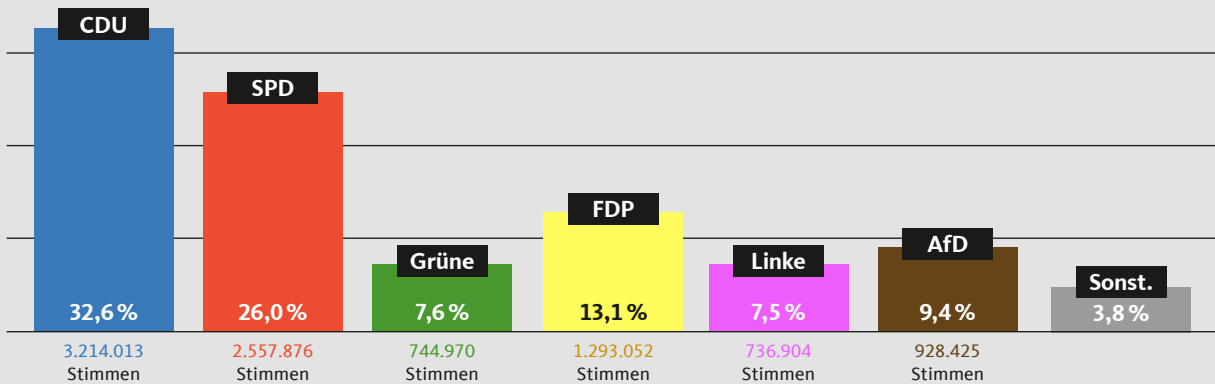
Der genauere Blick auf die Zahlen zeigt: Verglichen mit der Landtagswahl vom 14. Mai 2017 konnte die CDU ihr Zweitstimmenergebnis prozentual nahezu halten (33,0 %), angesichts der höheren Wahlbeteiligung sogar absolut um fast 420.000 Stimmen steigern. Die FDP verbesserte sich von 12,6 % auf 13,1 %, (in Stimmen um knapp 230.000). Die SPD dagegen büßte trotz deutlich gesteigener Wahlbeteiligung nochmals mehr als 90.000 Stimmen ein, während die Grünen über 200.000 hinzugewinnen konnten. Die AfD konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Landtagswahl um gut 300.000 Stimmen fast verdoppeln, und auch die Linke legte in ähnlicher Dimension um über 320.000 Stimmen zu.

In Nordrhein-Westfalen wurde die bei der Landtagswahl im Mai erkennbar gewesene politische Stimmung damit also

Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen (Zweitstimmen)



Bundestagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen (Zweitstimmen)



weitgehend bestätigt. Die Partner der #NRW-Koalition erlitten keinen messbaren Vertrauensverlust wie zuletzt 2005, als der Wahlsieg von Jürgen Rüttgers mit 44,8 % für Neuwahlen im Bund sorgte, die CDU dann aber in Nordrhein-Westfalen nur auf 34,4 % kam. Die CDU schöpfte ihr Wählerpotenzial im Vergleich zur Landtagswahl diesmal ähnlich hoch aus.

Anders die SPD: Eine wie auch immer geartete „Trotzreaktion“ der Wähler, wie sie 2005 nach dem Machtverlust der SPD in Düsseldorf spürbar gewesen war, blieb diesmal aus. Im Gegenteil: Der Abwärtstrend der SPD wurde klar bestätigt. Die ehemalige sozialdemokratische Machtbasis an Rhein und Ruhr erodiert weiter, insbesondere im Ruhrgebiet. Die SPD unterbot mit 2,7 Mio. Stimmen (28,5 %) ihr bis dahin historisch schlechtestes Abschneiden bei Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2009 noch weiter und erreichte einen neuen Tiefpunkt. Die SPD ist die große Verliererin des Doppelwahljahres 2017 in Nordrhein-Westfalen. Sie ist die einzige der größeren Parteien, die von der im Vergleich zur Landtagswahl vom 14. Mai deutlich höheren Wahlbeteiligung nicht zu profitieren vermochte, sondern auch in absoluten Stimmen noch weiter verlor. In den Ruhrgebietswahlkreisen, in welchen die SPD noch 2013 zum Teil deutlich über 40 % Stimmenanteil verzeichnete, verliert sie im Schnitt 10 Prozentpunkte, während die AfD parallel auf 10,3 % bis 17,0 % kommt.

Die AfD legt zwar auch in Nordrhein-Westfalen massiv zu, bleibt aber mit 9,4 % deutlich hinter ihrem Bundesergebnis (12,6 %) zurück. Dem NRW-Ergebnis ist es somit zu verdanken, dass die AfD bundesweit nicht noch näher an die SPD heranrückte. Doch auch an Rhein und Ruhr hat die AfD vornehmlich aus dem Bereich der bisherigen Nicht-Wähler mobilisiert und darüber hinaus besonders im Ruhrgebiet auf Kosten der SPD weiter zulegen können. Dagegen schneidet sie in bisherigen CDU-Hochburgen klar unterdurchschnittlich ab: Am Niederrhein mit durchschnittlich 7 %, in Borken

6,0 %, in Coesfeld-Steinfurt 6,1 % und in Münster mit lediglich 4,9 %. Neben der AfD ist die FDP der große Wahlsieger.

Die Liberalen vermochten in Nordrhein-Westfalen nicht nur einen Großteil der 2013 verlorenen Wähler zurückzugewinnen, sondern verstanden es darüber hinaus, Stimmen von CDU-Anhängern zu gewinnen sowie vor allem unter jüngeren Wählern zu punkten. Doch auch ehemalige SPD-Wähler gaben der FDP, wie schon bei der Landtagswahl, diesmal vermehrt ihre Stimme.

CDU als Schlüsselpartei verankern

Mit Blick auf die Zukunft und ihre vielfältigen Herausforderungen sind wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen und Deutschland heute mehr denn je gefordert, die CDU als Stabilisator in einer sich immer schneller verändernden Parteienlandschaft zu verankern. Es geht darum, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und deren Probleme zu lösen. Das schon im Wahlkampf betonte Mittel „Zuhören. Entscheiden. Handeln“ ist darüber hinaus auch der Weg, Wählerinnen und Wähler, die bei den letzten Wahlen die AfD gewählt haben, wieder für die CDU zu gewinnen. Ein Rechtsruck ist genau der falsche Weg. Gleichzeitig, und das gehört auch zu einer Volkspartei, ist es notwendig, die inhaltliche Erneuerung der Partei zu gestalten. Es wird darauf ankommen, die CDU als Schlüsselpartei in der Mitte der Gesellschaft zu verfestigen. An der Union vorbei, und, noch wichtiger, gegen die Union soll – in Berlin wie in Düsseldorf – keine Regierung gebildet werden können.

Die sich aus dem Wahlsieg am 14. Mai 2017 und dem Ergebnis der Bundestagswahl am 24. September 2017 nun bietende Chance sollten wir Christdemokraten nutzen, damit die CDU in Nordrhein-Westfalen und im Bund die Volkspartei Nr. 1 bleibt.

Dr. Guido Hitze/Dr. Stephan Terhorst

*Gastbeitrag von Ina Scharrenbach,
Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung*

Heimatpolitik für Nordrhein-Westfalen

Heimat? Heimat! Ein neues Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung in Nordrhein-Westfalen: In den ersten Tagen und Wochen haben viele Medienvertreter gefragt: „Was soll das denn?“ Aber: Die Entscheidung unseres Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, ein solches Ministerium neu zu gründen, hat den Nerv unserer Zeit getroffen.

Für die Christlich-Demokratische Union ist „Heimat“ nichts Neues: Seit über 70 Jahren ist die CDU die gestaltende Partei unserer Heimat in der Bundesrepublik Deutschland. In unserer Regierungszeit von 2005 bis 2010 in Nordrhein-Westfalen hatte bereits der damalige Landesminister und heutige Finanzminister Lutz Lienenkämper „Heimat“ eng mit Fragen des Städtebaus verknüpft. Vor diesem Hintergrund schließen wir nun in dieser Frage nahtlos an unsere damalige Regierungszeit an.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat rund 130.000 „Heimat-Gestalter“: Frauen und Männer, ob jung oder lebenserfahren, setzen sich vor Ort für ihre Heimat ein. Für „Heimat“ gibt es keinen allgemeingültigen Begriff: Jede und jeder wird die Frage „Was bedeutet für Sie Heimat?“ anders beantworten. Orte der Kindheit, die Familie, Freunde, Stadtviertel, für manche der Lieblings-Fußballverein, Gemeinschaften, in denen Sie sich bewegen, aufgehoben und sicher fühlen. Aber eines eint alle Antworten: Heimat hat viel mit Traditionen zu tun, hat viel mit unsichtbaren Wurzeln eines jeden Menschen zu tun, die Halt und Orientierung und Überschaubarkeit in einer unübersichtlich gewordenen Welt bieten. Heimat hat viel mit Vertrautem zu tun.

Alltäglich ist die Welt zu Gast bei Ihnen im Wohnzimmer, oder auf Ihrem Smartphone oder Tablet. Nachrichten aus fernen Teilen der Welt: Südamerika, Amerika, Russland, Syrien, Nordkorea, Afrika. Die Welt ist über die Medien zusammengerückt und scheint derzeit doch so weit auseinander wie lange nicht mehr.

Es ist, als wären Buchdruck, Uhr, Telefon und Auto in der gleichen Minute erfunden und innerhalb eines Jahres zur technischen Vollendung gebracht worden. Die Gleichzeitigkeit der technologischen und gesellschaftlichen Umwälzungen erzeugt ein ständiges Gefühl von Überforderung. Sie führen dazu, dass wir nur noch einen kleinen Teil von dem wissen können, was in unserer Welt los ist.

Viele sagen: Oh Gott, es ändert sich alles – nichts ist mehr so wie es war: Ja, zum Teil stimmt das. Wir haben sieben Milliarden Menschen auf dieser Welt. Die verändern sich nicht binnen einer Generation. Aber: Facebook, Google und Twitter lassen uns kurzatmiger und abstrakter werden. Insofern ändert sich der Mensch durch den technologischen Wandel mindestens ebenso stark wie durch die Erfindung der Elektrizität, des Autos oder durch die Fortschritte der Medizin.

Und dennoch: Jede Generation wurde und wird mit den Veränderungen ihrer Zeit konfrontiert. Veränderungen zu gestalten hat viel mit Heimat zu tun. Traditionen zu bewahren und diese gleichzeitig nach vorne zu entwickeln und an die nächste Generation weiterzugeben ist eine Herausforderung, der Sie sich vor Ort genauso stellen wie wir als Landesregierung und Mitglieder des Landtags.

Von Anfang an hat unsere neue Landesregierung Wert darauf gelegt, ländliche Räume und Städte wieder zusammenzuführen – nach sieben Jahren politischer Spaltung durch die Vorgängerregierung: Menschen im ländlichen Raum sind keine Menschen zweiter Klasse und die Menschen im städtischen Raum keine Menschen erster Klasse.

Ländliche Räume und Städte haben unterschiedliche Herausforderungen für die Zukunft: Sie haben ein Anrecht darauf, dass die Landespolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten dabei hilft, Herausforderungen zu meistern. Der Mensch stand und steht im Mittelpunkt einer christlich-demokratischen Politik – unabhängig davon, ob sie oder er im ländlichen Raum oder in einer Stadt wohnt. Diese Wertschätzung dem Menschen gegenüber wird im Ministerium für Heimat zum Ausdruck kommen. Diese Wertschätzung unseren Regionen gegenüber – in ihrer Vielfalt und in ihren Unverwechselbarkeiten – wird im Ministerium für Heimat zum Ausdruck kommen. Nur eine Politik, die Wert schätzt, was Menschen jeden Tag in unserem Land im Großen und vielmehr im Kleinen leisten, wird dazu beitragen, dass Heimat bewahrt und gleichzeitig für die Zukunft gestaltet werden kann.

„Entdecke, was uns verbindet!“ – besser hätte man das Motto des Europäischen Kulturerbe-Jahres 2018 gar nicht treffen können. Bei „Heimat“ geht es um das Verbindende, um die Gemeinschaft und den Zusammenhalt. Daher werden wir das Jahr 2018 unter das Stichwort „Heimat.Europa“ stellen. Viele wiederkehrende Ereignisse im kommenden Jahr erinnern uns an unser historisch-kulturelle Erbe, an unsere Traditionen und an unsere Geschichte und an das Zusammenwachsen auf unserem Kontinent nach zwei Weltkriegen: 370 Jahre Westfälischer Friede,

200 Jahre Aachener Kongress, 170 Jahre deutsche Revolution, 100 Jahre Ende des 1. Weltkriegs, 100 Jahre Frauenwahlrecht, 50 Jahre UNESCO-Weltkulturerbe „Aachener Dom“ und viele mehr. Und: 2018 wird auch das Ende des Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen sein. Das Ende einer jahrhundertalten Industrie, die viel mit Tradition zu tun hat. Bergleute, die mit Stolz jeden Tag einfahren und eingefahren sind. Ein Zusammenhalt, ohne den es unter Tage nicht geht, weil man sich aufeinander verlassen muss. Ein Ende, das mit viel Wehmut und Tränen einhergehen und mit neuen Anfängen verbunden sein wird. Auch das gehört zur vielfältigen Heimat in Nordrhein-Westfalen.

„Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen“: Es ist unser Land, es ist unser Anspruch. Heimat zu gestalten heißt, Traditionen zu bewahren und diese nach vorne zu entwickeln. Für eine Heimat, die alle einschließt.

Ina Scharrenbach



ist seit dem 30. Juni 2017 Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Diplom-Betriebswirtin arbeitete bei einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, bis sie von 2012 bis 2017 dem Landtag Nordrhein-Westfalen angehörte. Hier machte sie sich vor allem als Obfrau im Silvesternacht-Ausschuss einen Namen. Sie ist seit 2012 stellvertretende Vorsitzende der NRW-CDU und seit 2017 Vorsitzende der Frauen-Union Nordrhein-Westfalen.

Foto: MHBG/Berger

12 Fragen an **Claudia Middendorf**

Claudia Middendorf, Jahrgang 1969, ist seit 1988 Mitglied der CDU. Die ausgebildete Erzieherin arbeitete später als Diplom-Sozialpädagogin beim Caritasverband. Sie ist CDA-Kreisvorsitzende in ihrer Heimatstadt Dortmund, in der sie auch lebt. Hier engagiert sie sich unter anderem im Kirchenvorstand, beim Sozialdienst katholischer Frauen, der Dortmunder Tafel. Zunächst sachkundige Bürgerin, war sie von 1999 bis 2012 Mitglied des Rates der Stadt Dortmund. Von 2009 bis 2010 und in der vergangenen Legislaturperiode war sie Mitglied des Landtags. Seit Oktober ist Claudia Middendorf Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen.

Was war Ihr erster Berufswunsch?

Erzieherin (früher hieß es Kindergärtnerin).

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Gib jedem Tag die Chance, der schönste deines Lebens zu werden.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

In keinem Kinofilm. Ich würde gerne in einem Rosamunde-Pilcher-Film mitspielen.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ungeduldig zu sein.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„Leben jeden Tag – 365 Vitamine für das Herz“ von Phil Bosmans.

Was können Sie besonders gut kochen?

Kochen kann ich, aber gut kann es nur mein Mann.

Wie können Sie am besten entspannen?

Bei einer Massage.

Was mögen Sie an der CDU?

Sie ist vielfältig, sie ist eine Volkspartei.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Nur in NRW, nur in Dortmund und am liebsten in meinem Stadtteil Hörde.

Bei uns in NRW 04/17



Sie sind Anfang Oktober neue Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten. Warum ist es sinnvoll, diese beiden Themen zusammenzufassen?

Ich weiß, dass meine neue Aufgabe vielfältige Herausforderungen mit sich bringt. Beide Ämter haben viele Schnittstellen zwischen Institutionen, Ärzten, Krankenhäusern, barrierefreiem Wohnen, um nur einige Beispiele zu nennen. Ich möchte als Anwältin, als Kümmererin für die Menschen da sein.

Welche Rolle spielt ehrenamtliches Engagement im Bereich der Pflege?

Eine sehr große Rolle. Jeder Angehörige, der sich entscheidet, für ein Familienmitglied die Pflege und damit die Verantwortung zu übernehmen, macht dies ehrenamtlich. Die Menschen sind mit viel Herzblut dabei und denken zu selten an sich selbst. Ihnen gilt nicht nur großer Dank, sondern sie haben auch Unterstützung verdient.

Sie sind in Ihrer Kirchengemeinde und in zahlreichen katholischen Institutionen aktiv. Was bedeutet Ihr Glaube für Ihre Politik?

Der Glaube und die Kraft des christlichen Handelns leiten mich in meinem täglichen Tun und politischen Handeln. Mein Lebensmotto ist: „Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen.“

12 Fragen an Peter Liese

Dr. Peter Liese, Jahrgang 1965, ist seit 1987 Mitglied der CDU. 1984 trat er bereits in die Junge Union ein. Nach Medizinstudium und Promotion arbeitete er zunächst ein halbes Jahr in Mittelamerika, war später in der Kinderklinik in Paderborn und in einer Gemeinschaftspraxis im Sauerland als Arzt tätig. Seit 1994 vertritt er die Region Südwestfalen im Europäischen Parlament, ist Sprecher für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der EVP-Fraktion. Er gehört dem CDU-Landes- und Bundesvorstand an und ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Seit Mitte September ist Liese Landesgruppenchef der Europaabgeordneten der CDU Nordrhein-Westfalen.

Was war ihr erster Berufswunsch?

Sportreporter. Ich hatte schon früh erkannt, dass für einen Profifußballer mein Talent nicht ausreicht...

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

„Cool Runnings“ über die unmöglich scheinende, aber wahre Begebenheit einer jamaikanischen Bobmannschaft bei den olympischen Spielen. Ich hoffe, dass die Jamaika-Koalition, die viele für unmöglich halten, erfolgreich ist.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ungeduld... und Schokolade.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„Lassen Sie Ihr Hirn nicht unbeaufsichtigt“ von Christiane Stenger. Und die Bibel.

Was können Sie besonders gut kochen?

Wenn die Zeit es erlaubt, koche ich sonntags mit meinen Kindern – aber mein Sohn ist der Chef. Am besten können wir wohl Enchiladas und Thai-Curry.

Wie können Sie am besten entspannen?

Beim Wandern in meiner Heimat Südwestfalen, beim Radfahren und Skifahren.

Was mögen Sie an der CDU?

Dass die CDU als einzige Partei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen wirklich zusammenbringt und dass wir bewusst Politik auf der Basis des christlichen Menschenbilds machen.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Ich möchte nirgendwo anders als in NRW leben. Wenn schon nicht in meiner schönen Heimat Südwestfalen, dann in Köln.

Sie stehen seit kurzem an der Spitze der NRW-Landesgruppe der CDU im Europäischen Parlament. Was haben Sie sich für diese neue Aufgabe vorgenommen?

Gemeinsam mit meinen Kollegen und der neuen Landesregierung möchte ich die Interessen der Menschen in NRW kraftvoll vertreten. Eine ganz wichtige Aufgabe ist die Sicherung von europäischen Wirtschaftsfördermitteln für NRW auch in Zukunft. Dafür werden wir angesichts größerer Verteilungskämpfe viel Kraft brauchen.

Brexit, Euro-Krise, Flüchtlinge: Wie macht man Europa den Menschen zugänglich?

So traurig die Entscheidung für den Brexit ist, hat sie den Rest Europas zusammenschweißt. Wir brauchen mehr führende Politiker, die Europa leidenschaftlich verteidigen und weniger Politiker, die sich auf Kosten der EU profilieren.

Wo in Nordrhein-Westfalen, an einem Ort oder in einem Projekt, ist für Sie Europa am meisten spürbar?

Da gibt es sehr viele, aber am wichtigsten sind meiner Ansicht nach die durch das europäische Jugendprogramm ERASMUS geförderten Austauschprojekte an Schulen, Hochschulen und in Ausbildungsbetrieben. Wo junge Menschen aus ganz Europa zusammen kommen, hat Nationalismus keine Chance.



DIE NRWSPD UND IHR SCHWIERIGER UMGANG MIT DER REALITÄT

Am 14. Mai ging die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit einer deutigen Niederlage für die SPD zu Ende: Aus der Regierung geworfen, der Schulzug endgültig gebremst, nach den verlorenen Landtagswahlen im Saarland und Schleswig-Holstein ein 3:0 gegen sich. Überwältigt von der neuen Realität versuchen die Genossen sich nun an einem „Neuanfang“.

Umso verblüffender ist deswegen das „neue“ Führungstrio, das der NRWSPD nun neuen Antrieb und neue Hoffnung geben soll: Der alte Fraktionsvorsitzende, Norbert Römer (70), ist auch der neue Fraktionsvorsitzende; tatsächlich neu ist, dass er nun auch der Alterspräsident des Landtags ist. Michael „Mike“ Groschek (61), letzter Job NRW-Stauminister, wurde Landesvorsitzender. Für ein Landtagsmandat hat er nicht kandidiert, eigentlich hatte er nämlich schon vor der Wahl beschlossen, seine politische Karriere zu beenden. Als Generalsekretärin fungiert nun Ex-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze. Die hatte zwar in ihrer Amtszeit die Universitäten gegen sich aufgebracht, war ansonsten aber wenig in Erscheinung getreten – eine Eigenschaft, die sie in den ersten Monaten ihrer Amtszeit einfach weiterführt.

Dass die SPD von ihrer Wahlniederlage immer noch geschockt und überrascht ist, zeigte sich nicht zuletzt in Römers Erwiderung auf die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Armin Laschet: „Dass ich Ihnen auf Ihre Regierungserklärung antworten werde, damit habe ich weniger gerechnet“, sagte er am 14. September im Landtag.

Dieser eine kleine Satz zeigt das große Dilemma der alten Tante SPD: Unvorbereitet auf die Oppositionsbank geschleudert versteht sie nicht, warum der Wähler ihr so scheinbar abrupt das Vertrauen entzogen hat. Aus ihrer Perspektive ging es Nordrhein-Westfalen in ihrer Regierungszeit doch gut, einzig die Menschen hatten ihr Kreuz an der falschen Stelle gemacht.

Laut Römer möchte die SPD sich ihrer Aufgabe als größte Oppositionspartei konstruktiv stellen. Nur weiß sie nicht, wie sie das anstellen soll. Verwirrt sieht sie dabei zu, wie CDU und FDP den Scherbenhaufen aufkehren, den SPD und Grüne hinterlassen haben. Ihre Kritik daran – immerhin ist es Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kritisieren – erinnert aber meist an Geschichtsklitterung und Realitätsverweigerung.

Kitas mussten gerettet werden

Römers Lieblingsvorwurf ist, dass die #NRWkoalition ihre Wahlversprechen nicht halte. Dass dies nach nicht einmal 200 Tagen im Amt eine etwas großspurige Aussage ist, dürfte jedem auch ohne weitere Überprüfung klar sein. Doch ist die Aussage nicht nur großspurig, sie ist auch falsch!

Der erste große Schritt, den die #NRWkoalition unternehmen musste, war, die Brände zu löschen, die Rot-Grün gelegt hatte.

Auch wenn Hannelore Kraft immer wieder erklärt hatte, dass sie kein Kind zurücklassen wolle und im Wahlkampf sogar von

gebührenfreien Kita-Plätzen geträumt hatte, war es um die Kitas sehr schlecht bestellt. Immer mehr Träger sahen sich mit der möglichen Aufgabe ihrer Einrichtungen konfrontiert, weil die finanzielle Ausstattung einfach nicht ausreichte, um Kinder vernünftig zu betreuen. Die Schließung hätte verheerende Folgen für Kinder und Eltern in Nordrhein-Westfalen gehabt. Dies konnte abgewendet werden. Mit einem 500-Millionen-Euro-Rettungspaket konnten die Kitas stabilisiert und die Trägerlandschaft erst einmal aufrechterhalten werden. In weiteren Schritten wird es nun darum gehen müssen, die Qualität zu verbessern und den Ausbau weiter voran zu treiben.

Dass Rot-Grün seinen Gestaltungsanspruch aufgegeben hatte, zeigte sich auch bei den Krankenhäusern. Viel zu nachlässig war das Land seiner Verpflichtung nachgekommen, in Krankenhäuser zu investieren, und hatte dadurch die gesundheitliche Versorgung der Menschen in unserem Land gefährdet. 250 Millionen Euro konnten nun zur Verfügung gestellt werden, um die Krankenhäuser zu stärken.

Rot-grüne Schulden für rot-grüne Fehler

Dass im Bereich Innere Sicherheit in NRW vieles im Argen lag, weiß der interessierte Beobachter. Die CDU hatte im Wahlkampf versprochen, dass sich hier schnell und sichtbar einiges nicht nur verändern, sondern auch verbessern würde. 300 neue Polizeianwärter wurden, wie im Wahlkampf versprochen, eingestellt. Außerdem wurden 118 neue Stellen in der Terrorabwehr geschaffen und in die Ausstattung, die zuletzt deutlich schlechter als in anderen Bundesländern war, investiert. Die CDU hatte im Wahlkampf (und davor) aber auch versprochen, dass auch von Seiten der Regierung der Polizei mehr Respekt und Anerkennung zukommen werde. Oft wurde gefragt, wie. Unter anderem so: Den Polizistinnen und Polizisten wurde die Möglichkeit gegeben, sich ihre vielen Überstunden, wenn sie sie schon nicht abbauen können, ausbezahlen zu lassen.

Für das alles musste ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden. Rot-Grün hatte so viele offene Baustellen hinterlassen, dass jetzt schnell gehandelt werden musste. Der Reparaturhaushalt kommt nicht ohne neue Schulden aus – rot-grüne Schulden für rot-grüne Fehler, wohlgemerkt.

Für Herrn Römer sind das einfach nur Schulden. Gerne verbindet er seine Kritik mit dem Vorwurf, die CDU habe mit Haushaltsdisziplin Wahlkampf geführt und halte sich nun selber nicht daran. Gerne bezeichnet er den früheren Finanzminister Norbert Walter-Borjans als besten Finanzminister, den man haben könne. Dabei wurde der größte Teil des Geldes im Nachtragshaushalt, 885 Millionen Euro, aber gebraucht, um einen von Walter-Borjans' Buchungs-

tricks rückgängig zu machen. Rot-Grün hatte aus rein politischer Motivation eine vorzeitige Darlehenstilgung beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) in Höhe von eben diesen 885 Millionen Euro veranlasst. Hätte man alles so gehandhabt, wie es ursprünglich vorgesehen war, hätte Rot-Grün im Haushalt 2016 keine Nettotilgung von 191 Mio. Euro, sondern eine Nettoneuverschuldung von 394 Mio. Euro ausweisen müssen. Diese Schummelei hatte auch der Landesrechnungshof kritisiert. Der Finanzminister hat diese nun zurückgenommen und die ursprünglichen Finanzierungsspielräume des BLB für die kommenden Jahre wiederhergestellt.

Die Nettoneuverschuldung für 2017 wird am Ende nun bei 1,53 Milliarden Euro liegen. Das sind übrigens 93,5 Millionen Euro weniger, als Rot-Grün für 2017 geplant hatte.

Dass die #NRWKoalition aus den guten wirtschaftlichen Bedingungen mehr macht als die Vorgängerregierung, zeigte sich übrigens gleich im Nachgang zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes: 2018 schafft Nordrhein-Westfalen die „Schwarze Null“. Damit plant unser Bundesland das erste Mal seit 1973 – und gleich zwei Jahre früher als von Rot-Grün vorgesehen – einen Etat ohne neue Schulden.

Die SPD hat im Augenblick viel auf ihrem Tablett. Der Wiederaufbau einer Partei nach einer solchen Niederlage ist schwer – das wissen wir Christdemokraten aus eigener, leidvoller Erfahrung. Dieser Wiederaufbau wird der SPD aber nicht gelingen, wenn sie nicht erkennt, warum sie abgewählt wurde. Nicht der Wähler hat nicht erkannt, was die SPD alles getan hat. Die SPD hatte einfach nichts mehr getan und damit schlicht ihren Gestaltungsanspruch für Nordrhein-Westfalen verloren.

von Isabelle Fischer





Die Opposition und der (Nachtrags-)Haushalt

Oh Heiland, rei die Himmel auf und wirf Erkenntnis von selbigem herab: Es ist schon peinlich, wie sich die heutige Opposition im Landtag ans Rednerpult und an die Mikrofone der Medien stellt und die #NRWkoalition dafür kritisiert, ihre fehlerhafte Politik zu korrigieren.

Vieles, was wir durch den Nachtragshaushalt reparieren – rot-grüne Schulden für rot-grüne Versäumnisse! – hätte auch Rot-Grün anpacken müssen, tut jetzt aber so, als hätte man damit nichts zu tun. Ich stehe an Deiner Krippe hier: Ohne unser Rettungspaket msstes Kitas schließen. Alle Jahre wieder 300 zusätzliche Polizeianwärter einstellen – wer das im Wahlkampf seriös fordert, hätte es im Haushalt bereits abbilden können. Morgen, Kinder, wird's was geben: Nämlich Unterricht statt stndigem Stundenausfall, auch an Förderschulen und mit G9 noch dazu.

Wir packen an – aber die abgewählten Kollegen der Opposition, sogar ehemalige Minister – zählen plötzlich auf, wie viele Lehrer- oder Polizeistellen in ihrer Stadt fehlen, machen die #NRWkoalition verantwortlich für etwas, das sie selbst zu verantworten hatten und eben nicht angepackt haben. Ehrlichkeit und Realismus – das bleibt ein frommer Wunsch. Es kommt ein Schiff geladen mit dem Nachtragshaushalt und voller Lösungsansätze, aber eben auch voller rot-grüner Schulden für rot-grüne Versäumnisse!

Dass es auch anders geht, zeigt der Haushaltsplan für 2018, der ohne neue Schulden auskommt. Den konnten Ministerpräsident Armin Laschet und Finanzminister Lutz Lienenkämper in dulci júbilo (in süßer Freude) jetzt vorstellen.

Meine Ansage: Liebe SPD, liebe Grüne, ihr müsst vor lauter Freude über unsere „schwarze Null“ nicht „Ser die Glocken nie klingen“ anstimmen. Aber der erste ausgeglichene Haushaltsentwurf seit 1973 ist schon historisch. Deshalb: Lasst uns froh und munter sein – 2018 arbeiten wir weiter!

KEINER KANN SICH VORSTELLEN, WAS CHEMIE TÄGLICH LEISTET. WARUM NICHT?



#PushingBoundaries #SmartChemistry

Innovationen von Covestro umgeben uns überall und an jedem Tag. Von der energieeffizienten Dämmung unserer Wohnungen und Kühlschränke über die eleganten und robusten Oberflächen unserer elektronischen Geräte bis hin zu Fußböden, Möbeln und Kleidung: Materialien von Covestro machen unser Leben bequemer, gemütlicher, effizienter und sicherer. Als einer der führenden Polymerhersteller weltweit verschieben wir die Grenzen des Möglichen und machen so die Welt lebenswerter. Erfahren Sie mehr auf [covestro.com](https://www.covestro.com).

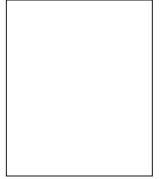


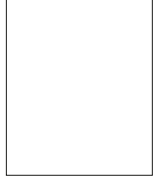


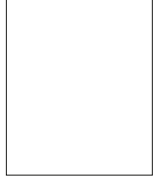
VöSP: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/13600-0, www.cdu.nrw.info

VöSP: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/13600-0, www.cdu.nrw.info

VöSP: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/13600-0, www.cdu.nrw.info







Frohe Weihnachten!

*Wir verhelfen NRW
zu neuer Stärke.*



CDU

Frohe Weihnachten!

*Mit uns ist Bildung
eine runde Sache.*



CDU

Frohe Weihnachten!

*Mehr Sicherheit
unterm Baum.*



CDU



Nur in legalen Spielhallen

gelten klare Regeln.

Falsche Regulierungsanreize führen zu einer Ausweitung von unerlaubtem Glücksspiel in Schwarzmärkten. Die Deutsche Automatenwirtschaft ist der Garant für ein legales und vor allen Dingen sicheres Spielangebot. Bei uns gilt:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV INTERCERT Saar und TÜV Rheinland geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenpiel auf automatenwirtschaft.de

**DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT**

**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**